

Vom Kickertisch ins Personalbüro

Daniel Weidmann* über die erste Berliner Tech Workers-Konferenz

Am 30. September 2022 haben der Berliner Ableger der »Tech Workers Coalition« (TWC), die Berliner IG Metall und ver.di Berlin gemeinsam eine englischsprachige Konferenz für Betriebsratsmitglieder aus Berliner Tech-Betrieben mit knapp 70 Teilnehmer:innen organisiert. Der *express* sprach darüber mit dem Rechtsanwalt Daniel Weidmann, einem der Konferenzorganisatoren.

express: Erzähl erst einmal was zur Vorgeschichte: Wie kam es zu Eurer Kooperation?

Daniel: Das Orga-Team der Konferenz bestand quasi aus alten Bekannten: Die Berlin Tech Workers Coalition hat sich bereits 2019 gegründet, inspiriert durch die Auseinandersetzungen in Kalifornien, den Google Walk-out usw. Seit Anfang 2020 kennen wir uns alle und beziehen uns bei der Arbeit aufeinander. Yonatan und Laura organisieren regelmäßig kleine und mittelgroße Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Berliner Tech-Workers. Thomas ist bei der Berliner IG Metall für die Tech-Betriebe zuständig, die eher im IGM-Organisationsbereich liegen. Oliver ist der Tech-Ansprechpartner bei ver.di. Ich selbst bin Arbeitsrechtler und begleite ca. ein Dutzend englischsprachige Berliner Tech-Betriebsratsgremien anwaltlich.

Und funktioniert die Zusammenarbeit? Auch zwischen den beiden Gewerkschaften?

Ja, sehr gut. Es mag ja sein, dass das den beiden Organisationen auf Bundesebene schwerer fällt. Aber vor Ort ergänzt sich das sehr gut. Die Satzungslogik der DGB-Gewerkschaften ist nun mal so, wie sie ist, das können wir vor Ort nicht von heute auf morgen ändern. Also grenzt man eben ab, wer für welchen Betrieb zuständig ist. Aber punktuell hilft man sich auch aus. Ein Beispiel ist die BR-Wahl bei der Onlinebank N26: Im August 2020 ist die Berliner IG Metall spontan eingesprungen, als N26 unter dem Vorwand des Pandemiearbeitsschutzes eine einstweilige Verfügung gegen die von ver.di eingeleitete Betriebsratswahl erwirkt hatte. Die IGM hat sich die Einladung zur Wahlversammlung auf unsere Bitte hin einfach kurzfristig zu eigen gemacht. Darauf konnte die Arbeitgeberjuristin nicht mehr reagieren und die Wahl des Wahlvorstands nicht mehr verhindern. Gleichzeitig hat die TWC auf Twitter einen massiven Shitstorm losgetreten, auf den nach ein paar Stunden auch allerlei Promis eingestiegen sind. Daraufhin hat N26 kapituliert und keinen weiteren Widerstand gegen die BR-Wahlen geleistet.¹



s1ingshot_CC BY 2.0

Was sind das für Betriebsräte, die Ihr eingeladen habt?

Die allermeisten dieser Betriebsräte wurden erst in den letzten drei Jahren gegründet. Sie vertreten vor allem die Belegschaften aus Internetdienstleistungs- und App-Entwicklerbetrieben. Auch mehrere Online-Finanzdienstleister (sog. FinTechs) und Entwickler von Anlagen- und Fahrzeugsoftware sind mit von der Partie. Betriebsratsprache ist Englisch, ebenso wie die Verkehrssprache im Betrieb. Der Anteil von Menschen, die erst kürzlich aus aller Herren Länder nach Berlin gezogen sind und kaum oder sogar gar kein Deutsch können, ist in diesen Betrieben extrem hoch. Es wäre nicht nur kaum zu leisten, die Betriebsratsarbeit auf Deutsch zu organisieren. Das wäre auch völlig willkürlich. Daher passiert dort alles auf Englisch: Die Sitzungen, die Schulungen, die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Sind denn viele Tech-Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert?

Bisher eher noch nicht. Das kann sich aber bald ändern. Die Tech-Party ist vorbei und das wissen die Beschäftigten auch. Seit die Zinssätze wieder steigen, kommen die gestern noch als Jobwunder in den Himmel gelobten App- und Software-Firmen nicht mehr an frisches Geld, weil ihre Investoren den Hahn zudrehen. Und davon, selbst schwarze Zahlen zu schreiben, mit denen man die eigenen Belegschaften bezahlen könnte, sind die allermeisten dieser Firmen meilenweit entfernt. Dementsprechend rauer wird der Ton. Viele Beschäftigte, die gestern

noch mit ihrem Chef am Kickertisch standen, finden sich heute im Personalbüro wieder, wo ihnen ein Aufhebungsvertrag vorgelegt wird. So versuchen viele Arbeitgeber der Branche, ihren Personalabbau möglichst »geräuschlos« über die Bühne zu bringen. Mehrere Berliner Tech-Betriebsratsgremien müssen derzeit aber auch bereits Sozialplanverhandlungen wegen geplanter Massenentlassungen von jeweils mehr als hundert Beschäftigten führen. Da knallt es also schon richtig.

Auch vor der Leitzinsanhebung war die Stimmung aber schon nicht mehr wirklich gut. Die Tech-Unternehmen haben ihre Beschäftigten während der Pandemie überwiegend ins Home Office geschickt und mit den damit einhergehenden Problemen meist komplett allein gelassen. Da viele Tech-Workers erst vor Kurzem nach Berlin gezogen sind und oft unter prekären Bedingungen zur Zwischenmiete in völlig überbelegten WG-Zimmern wohnen, traf sie das oft noch härter als alteingesessene Berliner:innen. Die Sozialkontakte auf der Arbeit sind einfach wahnsinnig wichtig, wenn man in eine fremde Stadt zieht und sonst niemanden kennt. Damit werben diese Firmen ja auch. Im Homeoffice hast Du aber nichts davon, dass im leergefegten Sozialraum deines Betriebes eine Tischtennisplatte, ein Müslispendler und ein voller Bierkühlschrank stehen.

Aber das führt doch nicht automatisch zu gewerkschaftlicher Organisation.

Nein, automatisch sicher nicht. Aber die Organisierungsperspektive ist so viel näher gerückt. Als die Mehrheit der Kolleg:innen ihre Arbeit noch als eine Art spielerische Betäti-

gung begriffen hat, war das noch kaum vorstellbar. Mit den Problemen wächst aber auch das Bewusstsein für den Interessengegensatz zwischen ihnen und ihren Brötchengebern – und damit auch ein Anknüpfungspunkt für Klassenbewusstsein und für gewerkschaftliche Organisation. Der Boden dafür ist keineswegs ungünstig. Die meisten Tech-Workers verstehen sich schon von Haus aus als links und positionieren sich z.B. gegen Rassismus oder den Klimawandel.

Klassenbewusstsein? Viele linke Beobachter:innen würden »Software Engineers« und Co. doch wahrscheinlich eher als privilegierte Gentrifizierer:innen beschreiben.

Damit kann ich überhaupt nichts anfangen. Dieses Privilegien-Gerede taugt schon kategorisch nichts. Außerdem stimmt es auch einfach nicht, dass die alle überdurchschnittlich verdienen. Content-Moderator:innen, Click Worker und Kundendienstler:innen sind meist chronisch schlecht bezahlt. Und bei den Entwickler:innen gibt es auf jeden Fall einen riesigen Gender Pay Gap und teilweise auch rassistische Diskriminierung. Und auch die, die wirklich überdurchschnittlich gut verdienen, drohen tief zu fallen. Vor allem die, die mit einem Arbeitsvisum hier sind, müssen im Falle einer Kündigung mehr oder weniger sofort eine Anschlussbeschäftigung finden, sonst droht der Verlust des Aufenthaltstitels. Das dürfte in der aufziehenden Krise nicht ganz einfach werden, denn die anderen Betriebe bedienen sich ja auch des Personalabbaus oder haben zumindest Einstellungsstopp. Hinzu kommen die extrem hohen Mieten, die die Techies als Neuankömmlinge auf dem Berliner

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Redaktion express: »Fragend voran« – Rückblick auf die Jubiläumskonferenz des express 2

Mark Richter und Levke Asyr: »Außerhalb des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverständnis« – Reflexion der betrieblichen Organisierung der IWW 6

Rolf Läßle: »Alternativen zur Aktienrente« – Zwei Petitionen, ein Aufruf 16

BETRIEBSSPIEGEL

Daniel Weidmann: »Vom Kickertisch ins Personalbüro« – Die erste Berliner Tech Worker-Konferenz 1

Wolfgang Hien: »Lohnarbeit und Psyche« – Überlegungen zu arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen 7

POLITIK & DEBATTE

Klaus Weber: »Rückkehr der »rechten Solidarität«« – nationale Formierung 2.0 im Anmarsch 4

INTERNATIONALES

Nasser Barin: »Erschaffung einer neuen Wirklichkeit« – Die gegenwärtigen Proteste im Iran 9

Rand Wilson und Peter Olney: »Hochsaison für Action bei Amazon« – Zeit für einen internationalen Aktionstag 12

NACHRUF

»Willi Hajek – Adieu, cher copain« 13

RE-VISITED

Willi Hajek: »Gewerkschaften und ihr Verhalten in der Krise« – Ein Buchbeitrag von 2002 14

REZENSIONEN

Gaston Kirsche: »Im Assessment Center der KPdSU« – Über den Film The Death of Stalin 10

KURZES

Antipasti 11, 12

Vermischtes 5, 11

Bildnachweis

Die hoffnungsvollen und mitreißenden Proteste im Iran (siehe S. 9) haben uns motiviert, die Bildstrecke dieser Ausgabe entsprechend zu gestalten. Wir haben dabei zurückgegriffen auf Urlaubsbilder unserer Abonnent:innen Jochen und Kristina Lohoff. Die weiteren Bilder wurden mit creative commons License (siehe Angaben am jeweiligen Bild) von flickr entnommen. Wir danken!



Fragend voran

Vom Organisieren reden: ein erster Rückblick auf die Jubiläumstagung des *express*

Es hätte eigentlich kaum mehr schief gehen können: eine Referentin erkrankt, es fehlt ein fahrbarer Untersatz für die zahlreich angekarteten Materialien, dem brandneuen *express*-Transparent fehlt eine wichtige Aufhängung und zu allem Überfluss können zahlreiche angemeldete Gäste nicht anreisen, weil irgendjemand in Norddeutschland die Bahn erfolgreich sabotiert hat.

Von diesem Chaos hinter den Kulissen merken die Anwesenden jedoch kaum etwas – die Konferenz »Von dem Begehren nach einer anderen Freiheit getragen« zum 60-jährigen Bestehen des *express* ist rundum gelungen. Das gilt für Technik, Verpflegung und filmische Dokumentation (Danke an alle!), aber insbesondere für den Inhalt.

Das Trio der ehemaligen und auch jetzigen Organizer:innen, die das Podium besetzten – Florian Wilde, Slave Cubela und Yanira Wolf – bezog sich intensiv aufeinander. Das lag keineswegs an einer mehr oder weniger genialen Organisationsfähigkeit der Redaktion, sondern vielmehr daran, dass es in Deutschland eine durchaus lebhaftere Diskussion um das Organizing gibt. Die drei genannten hatten zuvor schon in *express*, *analyse und kritik* und der *SoZ* (by the way: herzlichen Dank für die Glückwünsche!) schriftlich diskutiert und befanden sich nun in der angenehmen Situation, diese Debatte auch direkt miteinander austragen zu können.

Wir gestehen, das war auch eine der Intentionen unserer Tagung: den Austausch zwischen durchaus verschiedenen Ideen und Vorstellungen von Organizing miteinander zu vermitteln – zum einen der oft miteinander kaum in Kommunikation tretenden Einzelgewerkschaften (auch über den DGB hinaus: anwesend waren auch Gäste von FAU, IWW und unter_bau, die sicherlich noch ein anderes Verständnis von Organizing in die Debatte tragen), zum zweiten zwischen einer »alten« und einer »jungen« Generation von gewerkschaftlich orientierten Linken und sozial Bewegten, zum dritten durchaus auch zwischen Einzelpersonen (möglicherweise auch zwischen verschiedenen damit verbundenen »Ideologien«) und last but not least zwischen den einzelnen Arbeitsfeldern, in denen Organizing benutzt wird: in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen (vor allem in der Stadtteilbewegung) und in der Sozialen Arbeit.

Organizing-Debatten aus dem letzteren Bereich trug, etwas außer Konkurrenz laufend, für die Schwesterredaktion der Widersprüche, Michael May vor. Er plädierte dafür, »Organizing mit Organizing weiterzudenken«, und erinnerte daran, dass Saul Alinsky, oftmals als Gründervater des Community Organizing betrachtet, die vermeintlich »Unorganisierbaren« organisierte. Das Organizing heute, so kritisierte er, sei dagegen oft blind für Subalternität. Und weiter,

so Michael May, sei Organizing ganz prinzipiell auch eine Methode, die sich für regressive Zwecke von rechter oder neoliberaler Seite nutzen ließe. Diese beiden wesentlichen Punkte gingen einher mit einer Kritik an dem oftmals formulierten Fokus auf Macht und Mächtigkeit als Ziel des Organizing – vor allem, wenn dies letztlich als eine Frage der Masse – seien es gewonnene Mitglieder oder Unterschriften oder Demo-Teilnehmer:innen – verstanden werde: Es müsse auch darum gehen, die Ohnmächtigen zu ermächtigen. Bezug nehmend auf den Arbeitsfeldansatz im Sozialistischen Büro (SB) und Oskar Negts Rede »Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren« sei dieser Prozess des »Empowerments« jedoch immer auch eine inhaltliche Frage, denn was mache das »Interesse«, an das angeknüpft werden solle, zu einem allgemeinen? Nicht jedes un-

der Subjekte bleibt jedoch außen vor.

Diese Kritik trifft – teils negativ, teils positiv – den Einführungsvortrag von Florian Wilde (Rosa Luxemburg Stiftung), selber Organizer der ersten Stunde in Deutschland. Mit dem Fokus vor allem auf die aktuelle Welle des Organizing mit Jane McAlevey als wesentlicher Stichwortgeberin stand hier die Mächtigkeit durchaus im Fokus. Aber auch Florian Wilde stellte zur Diskussion, ob das stark institutionalisierte Organizing noch einen emanzipatorischen und radikaldemokratischen Charakter hat und plädierte für die Demokratisierung von Tarifverhandlungen und Streikbewegungen.

Slave Cubela widersprach vor allem Florian Wildes These von einem »universellen Anspruch« und einer universellen Einsetzbarkeit des Organizing. Angesichts einer durchaus problematischen Weltlage stellte



mittelbare individuelle Interesse sei emanzipatorisch – wie er auch im Hinblick auf erfolgreiche rechte Adaptionen von Organizing und Kampagnen bemerkte. Dies markiert in der Tat eine offene Stelle nicht nur in dem erfahrungs- und bildungsbezogenen Arbeitsfeldansatz des SB, sondern auch in jüngeren Organizing-Ansätzen – eine Debatte, die in Anlehnung an Marx berühmte Rede vom »universellen Leiden«, das der Aufhebung der Klassengesellschaft mitsamt ihren »Ketten« einen universellen Charakter verleihe und dem »völligen Verlust des Menschen«, dem die »völlige Wiedergewinnung des Menschen durch sich selbst« entgegenzusetzen ist, geführt werden müsste. Und sie zielt neben der Frage nach den Maßstäben des Erfolgs für Organizing auch auf dessen Form – gerade wenn dessen »transformativer« Charakter betont wird. Transformation wird dabei zwar oft als Veränderung der (Macht-)Verhältnisse postuliert, der Zusammenhang zwischen der Änderung der Verhältnisse und der Veränderung des Selbst,

er in Frage, ob das Organizing tatsächlich dauerhafte und nachhaltige Erfolge vorzuweisen habe. Feministisch inspiriert, plädierte er für ein »SOrganizing« (siehe *express* 1/2021, S. 11), das die Vulnerabilität in den Mittelpunkt stellt.

Hier konnte Yanira Wolf anschließen, die in der Organizing-Methode auch feministische Erkenntnisse wirken sieht. In den Fokus ihres Vortrags stellte sie die Selbstermächtigung als und im Prozess – namentlich im Prinzip »Anger-Hope-Action«, im 1 zu 1-Gespräch und allgemein in der (alltagsbezogenen) Basisorientierung. Mit Organizing hätten nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Sozialen Bewegungen »eine gemeinsame Sprache gefunden«. Das setze allerdings eine eigene Lernbereitschaft und die Existenz von Selbstreflexionsräumen voraus. Beispielhaft nannte sie die eine Woche zuvor stattgefundene OKG-Konferenz (siehe <http://www.organisieren-gewinnen.de>).

Apropos OKG-Konferenz: Peter Nowak hat in seinem Bericht über dieselbe auf der

Fortsetzung von »Vom Kickertisch ins Personalbüro«

Wohnungsmarkt zahlen müssen – ob sie wollen oder nicht. Hier von Privilegien zu reden, ist billig.

Und da habt Ihr mit dem Kongress angeknüpft?

Naja, das waren erst einmal nur ein paar bescheidene Schritte in die richtige Richtung. Aber ja, das waren schon alles Themen des Kongresses. Am Vormittag haben wir eine aufwändige Themensammlung gemacht und herausgearbeitet, dass sich die Probleme in

allen Betrieben gleichen. Aber auch eine gemeinsame Perspektive jenseits der betrieblichen Organisierung wurde sofort sichtbar. Schließlich kam fast jede:r Teilnehmer:in auf Mietwahn und Klimawandel zu sprechen. Im Auftaktpanel der Konferenz wurden die Auswirkungen der Tech-Geschäftsmodelle auf Klima und Klimawandel dargestellt und später immer wieder diskutiert. Am Nachmittag hatten wir Workshops zu Gewerkschaftsrechten im Betrieb, Tarifvertragsfragen und zu den Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Personalabbau und bei technischer Überwachung am Arbeitsplatz. Bei den beiden Mitbestimmungsworkshops hatten wir jeweils Tech-Betriebs-

ratsmitglieder auf den Podien, die den anderen BR-Kolleg:innen von ihren eigenen Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen in den Verhandlungen und Einigungsstellenverfahren berichten konnten.

Ging es denn gar nicht um das Thema Migration?

Wir haben uns ganz bewusst dagegen entschieden, die Konferenz unter einer solchen begrifflichen Klammer zu bewerben, so nach dem Motto »Migration und Arbeit in der Tech-Branche«. Wir wollten die Kolleg:innen so adressieren, wie sie sich auch selbst bezeichnen: als Tech-Workers. Allerdings ha-

Wo also die *positive* Möglichkeit der Deutschen Emanzipation?

Antwort: In der Bildung einer Klasse mit *radikalen Ketten*, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, (...) einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein *besondres Recht* in Anspruch nimmt, weil kein *besondres Unrecht*, sondern das *Unrecht schlechthin* an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen *historischen*, sondern nur noch auf den *menschlichen* Titel provozieren kann, (...) einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der *völlige Verlust* des Menschen ist, also nur durch die *völlige Wiedergewinnung des Menschen* sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das *Proletariat*.

Deutsch-französische Jahrbücher, 1844, MEW 1

Homepage der *Direkten Aktion* bemängelt, dass nahezu zeitgleich die Konferenz der OKG, die Jubiläumstagung des *express* und das Bundestreffen der VKG (Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften) stattfanden. Tatsächlich haben wir als *express* unseren ursprünglichen Termin zugunsten der OKG-Konferenz verschoben, auch, um zumindest teilweise selber teilnehmen zu können. Groß war die Terminauswahl nicht, so

läumsthema »Organizing« geäußert. Auf den Punkt gebracht hat das eine, zur Teilnahme mehr oder weniger überredete, ver.di-Sekretärin: »Nicht noch eine Organizing-Debatte!« Zu sehr, so auch der Tenor bei einigen altgedienten Redakteur:innen, scheint es um eine rein methodenbasierte Strategiedebatte zu gehen, wie am meisten Mitglieder zu bekommen sind. Das mag auf einige Verfechter des Konzepts, vor al-



dass es leider kein Zurück mehr gab, als die VKG fast gleichzeitig ihr Treffen ankündigte.

Peter Nowaks Beitrag hat aber auch noch einen zweiten Aspekt: Den *express* hält er für geeignet, diese verschiedenen Konferenzen zu bündeln. Das stammt nicht nur aus dem Kopf eines einzelnen Schreibers, sondern spiegelt Stimmen der OKG-Konferenz wieder. Einmal unabhängig davon, dass auch wir eine Zerstreuung der ohnehin nicht sehr zahlreichen Kräfte auf den und durch die verschiedenen Konferenzen für äußerst bedauerlich halten und gerne mehr von den Erfahrungen Aktiver aus ihren Kämpfen auf den anderen Tagungen mitbekommen hätten: Ob wir dazu – vor allem personell – in der Lage wären, steht eher in den Sternen, aber es zeigt uns, dass wir inhaltlich auf dem richtigen Weg sind: als Kommunikationsforum einer durchaus pluralen Gewerkschaftsbasis.

Im Vorfeld der Tagung wurde, auch redaktionsintern, durchaus Skepsis am Jubi-

lem in den Vorstandsetagen, so durchaus zutreffen, aber es trifft eben nicht die intrinsische Motivation der meisten Organizer:innen (es ist dahingehend übrigens sehr bemerkenswert, dass die Kritik von beruflichen Organizer:innen und wissenschaftlich mit dem Thema Beschäftigten innerhalb des DGB bzw. in DGB-nahen Strukturen sich weitgehend mit einer externen Kritik – namentlich aus dem Syndikalismus – deckt). Der Enthusiasmus der besagten Tagungsteilnehmerin über die empathische Debatte zeigt aber deutlich: Es gibt einen Gap, eine Lücke, zwischen den institutionalisierten Debatten und den inhaltlichen Debatten des organisierenden Fußvolks, die mit dem Organizing inhaltliche, emanzipatorische Aspekte verbinden, die an den Vorstandsetagen der Gewerkschaften vorbeigehen (eine Aussage allerdings, die durchaus nicht verallgemeinert werden darf). Der Aha-Effekt, durchaus auch für altgediente Redakteur:innen war: »So kann man Organizing also auch disku-

tieren!« – was letztlich, um ein wenig Wasser in den Wein zu schütten, auch zeigt, wie wenig verbreitet all die Organizing-Debatten in linken Medien, aus linken Verlagen und in linken Bewegungen sind.

Die anwesenden ehemaligen Redakteur:innen des *express* lobten übrigens ausdrücklich die im Vergleich zur Redaktionskultur der 1970er Jahre harmonische Diskussionsatmosphäre. Ein solches Lob freut uns natürlich, aber ganz richtig ist es dennoch nicht: Erstens befanden wir uns ja nicht in einer Redaktionssitzung, sondern in einer öffentlichen Veranstaltung. Zweitens diskutierten ja in erster Linie nicht Redakteur:innen des *express*, sondern eingeladene Referent:innen, die dem *express* und seinen inhaltlichen Ansprüchen nahestehen. Das soll jetzt nicht bedeuten, dass die Redaktion in der Regel eine andere Streitkultur hätte – aber dies wiederum liegt letztlich daran, dass wir schlicht nicht genug personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen haben, um uns ausführlich zu streiten. Sehr verschiedene Meinungen werden oft schlicht stehen gelassen (nicht umsonst zerreißen Projekte ja nicht selten, wenn sie ökonomisch erfolgreich werden – das ist bei uns noch nicht der Fall, was wiederum nicht heißen soll, dass wir uns automatisch streiten werden, wenn wir mehr Spenden erhalten!). Aber das ist wiederum auch eine bleibende Qualität des *express*: Hier sagen sich Sozialdemokrat:in und Autonome:r friedlich gute Nacht, ebenso wie Leninist:in und Postmoderne:r (es gibt allerdings durchaus Grenzen dieser revolutionären Toleranz!). Im *express* besinnen sie sich auf eine Gemeinsamkeit (die durchaus weder alle Sozialdemokrat:innen noch alle Autonomen einbezieht): ein demokratisches Verständnis für die Selbsttätigkeit (auch wenn es nur eine geringfügige ist) der Arbeitenden. Das ist letztlich das, was wir auch nach hitzigen, jahrzehntelangen Debatten unter einer »sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« verstanden wissen möchten.

Das Schlusswort hatte der, von seinen Kolleg:innen liebevoll als Nesthäkchen bezeichnete, jüngste Redakteur. Neben seiner persönlichen Motivation, sich im April diesen Jahres auf die Stelle beim *express* zu bewerben, beschrieb er seine Hoffnung, dass dieser auch weiterhin ein wichtiges Diskussionsforum kritischer Gewerkschafter:innen bleiben möge. Die anhaltende Inflation und die zu erwartende Rezession in Deutschland würden höchstwahrscheinlich zu einer Intensivierung von Verteilungs- und Arbeitskämpfen führen. Dabei könnte der *express* eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Wissen und Erfahrung an eine neue Generation kämpferischer Gewerkschafter:innen spielen. Wenn es auch weiterhin gelänge, die verschiedensten Konfliktfelder, wie z.B. betriebliche Arbeitskämpfe, die Sozial-ökologische Frage und feministische (Arbeits-)Kämpfe zusammen zu denken, würden wir wohl auch den 70sten Geburtstag der Schildkröte feiern können.

Gute Frage! Wir müssen das unbedingt mit weiteren Veranstaltungen vertiefen. Gleichzeitig sollte aber auch bald eine Brücke zu den endlich anlaufenden Heißer-Herbst-Protesten, zur Mieten- und zur Klimabewegung gebaut werden, damit das nicht nebeneinander herläuft. Da kommt also einige Arbeit auf uns alle zu.

* Daniel Weidmann arbeitet als Rechtsanwalt in Berlin. Das Gespräch führte das Berliner Korrespondenzbüro des *express*.

Anmerkung:

1 vgl. dazu auch Daniel Weidmann: *Die Macht des Shitstorms, Analyse & Kritik* Nr. 663, <https://www.akweb.de/bewegung/die-macht-des-shitstorms/>

Geneigte Leserinnen und Leser,

es geht einem schon runter wie Öl, wenn ehemalige Angehörige der Frauenredaktion des *express* (ja, so etwas gab es mal) uns auf unserer kleinen Tagung (siehe nebenstehend) bescheinigen, dass ihre feministische Arbeit nicht umsonst war, sondern internalisiert ist. Auch Christoph Wälz hatte uns in seinem Beitrag zum 60-jährigen des *express* in der *analyse und kritik* 683/2022 bereits eine »feministische Agenda« bescheinigt.

Und doch: Schon wieder sind beinahe sämtliche Artikel der vorliegenden Ausgabe aus den Federn von Männern – selbst die Reflexion des ganz klar feministischen Aufstands im Iran (S. 9) wurde von einem Mann geschrieben (immerhin von einem iranischen...).

Das hängt stark mit der Entstehungsweise des *express* zusammen. Wir bekommen mehr Manuskripte angeboten, als wir selber anfragen, und in der Regel drucken wir auch (fast) alles, was uns angeboten wird. Die redaktionelle Arbeit besteht in diesen Fällen meist in einem ausführlichen inhaltlichen Lektorat. Und: Es wird mit und im *express* sicherlich keine geschlechtliche Quotierung von Texten geben. Einen Text nach dem Geschlecht von Autor:innen zu beurteilen, liegt uns fern. Trotzdem: wir wünschen uns mehr Texte auch von anderen Geschlechtern...

Die bereits benannte Tagung wurde überschattet vom Tod unseres Friends, Genossen und *express*-Autors Willi Hajek. Der Großteil der Redaktion hatte enge persönliche und politische Bezüge zu Willi. In einem ersten Aufschlag haben wir die bislang vorliegenden Nachrufe auf eine wichtige Persönlichkeit der aktuellen Arbeiter:innenbewegung gesammelt (S. 13) und widmen ihm auch die aktuelle Ausgabe unserer Retrospektive »re-visited« (S. 14).

Dass wir uns, wie auf der Jubiläumskonferenz kolportiert wurde, nicht streiten würden, ist übrigens auch so ein Gerücht: Der vorliegende Beitrag von Klaus Weber (S. 4), eine Reaktion auf unseren Beitrag zur formierten Gesellschaft, stieß durchaus auf geteilte Meinungen in der Redaktion – wir stellen seine Thesen zur »Vervolksgemeinschaftung« in der Innen- und Außenpolitik hier zur Diskussion. Die Kontroverse motiviert uns dazu, Euch, geneigte Leserinnen und Leser, einzuladen, sich auch im *express* an einer entsprechenden Debatte zu beteiligen. Aber das gilt nicht nur für diesen Beitrag, das gilt natürlich ganz allgemein. Wir rühmen uns, obwohl technisch manchmal in den 1980er Jahren stecken geblieben, eines sehr dynamischen Autor:innen-Leser:innen-Redakteur:innen-Verhältnisses, in dem diese Identitäten jederzeit fröhlich geque(e)rt werden dürfen.

Eigentlich muss man nicht immer extra dazusagen, dass von Autor:innen gezeichnete Artikel die Meinung eben dieser wiedergeben und nicht die Position einer Redaktion, deren Bild von »sozialistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« homogen oder gar sakrosankt sei. Wir betonen das an dieser Stelle noch einmal, weil uns zu Ohren gekommen ist, dass Teile der außerparlamentarischen Linken darauf warten, was denn der *express* zu den ver.di-internen Debatten rund um die fristlose Kündigung von Orhan Akman und dessen Abberufung als Bundesfachgruppenleiter für den Einzel- und Online-Handel durch ver.di sagen wird.

Aufgeschoben, nicht aufgehoben: Das Thema beschäftigt uns natürlich und ist in Arbeit, ebenso wie einige andere, die im aktuellen *express* (noch) nicht vorkommen: die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst und in Metall + Elektro und natürlich der siedend heiße Herbst. Das wird aber nie bedeuten, dass man zu diesem oder einem anderen Thema einfach so eine Position aus dem *express* klaben kann, man wird sich auch weiter selber positionieren müssen.

Oder aber, denn das wäre dann doch eine adäquate Beschreibung der *express*-Position, sich zwischen die Stühle setzen. In diesem Sinne: Wir wünschen eine angenehme Lektüre im Wollpulli unter der Kuscheldecke!

ben wir der Versuchung, hierzu wenigstens ein bisschen was zu machen, nicht widerstehen können. Daher haben wir mit unseren beiden Gästen Stefania und Adelaide auch einen Workshop zu den spezifischen Herausforderungen gemacht, mit denen Menschen zu kämpfen haben, wenn sie in den 2020er Jahren in Berlin ankommen: Rassismus, Mietenwahnsinn und Behördenstress. Ein konkretes Beispiel war der »Catch 22 der Anmeldung«: Um eine Wohnsitzanmeldung zu bekommen, braucht man einen Mietvertrag. Den bekommt man in der Regel nur, wenn man einen laufenden Arbeitsvertrag vorlegen kann. Um ein Arbeitsverhältnis einzuge-

hen, wird allerdings meist ein deutsches Konto verlangt. Das kann man aber nur eröffnen, wenn man eine Wohnsitzanmeldung vorweisen kann.

Außerdem ging es natürlich auch hier um Organisierung, nur eben jenseits des Arbeitsplatzes. Ein Beispiel war die AG »Right to the City« der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. Enteignen«, in der sich explizit Neuberliner:innen ohne Wahlrecht organisiert haben, um für den Enteignungsvolksentscheid und seine Umsetzung zu kämpfen.

Und wie geht es nun weiter?

Propaganda der »echten Solidarität«

Klaus Weber* über die nationale Formierung 2.0 im Anmarsch

»Keine Denkverbote.
Tut es für Deutschland«.

(Friedrich Merz an die Grünen via BILD zur Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke)

Die von Olaf Scholz (SPD) Ende Juni 2022 vorgeschlagene »konzertierte Aktion« wird im *express* 7-8/22 mit einem Artikel aus dem Jahr 1967 kommentiert. Der »Blick« des Beitrags richtet sich vor allem auf gewerkschaftspolitische und branchenspezifische Auswirkungen des damaligen (gescheiterten) Versuchs, die Lohnabhängigen mit der Kapitaleseite zu versöhnen, um »das Land« friedlich durch eine »Krise« zu bringen. Was dabei zu kurz kommt, hat v.a. Reinhard Opitz, kommunistischer Politologe und Journalist, in seinen Reden und Aufsätzen zur »formierten Gesellschaft« (Opitz 1999) ausgeführt: zum einen der Bezug der von Ludwig Erhard und der Kapitaleseite unterschlagenen ideologischen Anleihen beim deutschen Faschismus und zum anderen die Herleitung einer »formierten Gesellschaft« durch außenpolitisch und militaristisch unterlegte Begründungsmuster. Erst in diesem Rahmen kann die »konzertierte Aktion« damals wie heute richtig verstanden werden: als Versuch der Kapitaleseite, »dass Parlamentarier und Regierungsmitglieder ... nicht mehr im Mehrheitswillen [...], sondern »rational« in den Daten eines Wirtschaftsablaufs, der [...] keiner anderen Ratio als der des Gewinnstrebens und des marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampfes aller gegen alle folgt, ihren eigentlich Souverän anerkennen sollten« (ebd., 103).

■ Erhards »formierte Gesellschaft«

»Das wird das Land in der einen oder anderen Form tragen müssen.«

(Robert Habeck am 6. Juli 2022 gegen eine staatliche Deckelung von Gaspreisen)

Auf dem Düsseldorfer Parteitag der CDU 1965 stellt Ludwig Erhard zum ersten Mal das Programm der »formierten Gesellschaft« vor. Erhards Public-relation-Berater Rüdiger Altmann (Geschäftsführer des Industrie- und Handelstags; vormals Carl-Schmitt-Schüler) und Gerhard Schröder (CDU-Außenminister; vormals Mitglied der NSDAP) spielen die Begleitmusik zu Erhards Neuformulierung der Volksgemeinschafts-Idee unter anderem Namen: Deutschland als neue Weltmacht (im Welthandel an zweiter Stelle; stärkste Militärmacht Europas) habe unter Adenauer weltpolitisch versagt – eine »Politik der Stärke« nach außen benötige nun eine Bündelung der Kräfte im Innern. Altmann hat dazu zwei Bücher auf den Markt gebracht (»Das Erbe Adenauers« und »Das deutsche Risiko«), in denen er vor allem die außenpolitische Schwäche Deutschlands moniert und ein Ende der Nachkriegszeit mit all den deutschen Bedenken in Bezug auf Faschismus und Krieg fordert – eine »Zeitenwende«, wenn man so will.

Erhard nimmt diese Gedanken in seiner Parteitagrede auf und spricht vom »Gemeinwohl«, dem sich alle gesellschaftlichen Gruppen unterzuordnen und für das sie ihre Forderungen zurückzustellen hätten. »Formierte Gesellschaft« [heißt], dass diese nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen«, sondern eine »Leistungsgemeinschaft«, in der Pluralismus nichts verloren hat (zit. nach ebd., 17). Erhard profitiert zu dieser Zeit von seinem – von ihm selbst nach 1945 entworfenen – Image als »mutiger Außenseiter, der sich persönlich und intel-

lektuell-beruflich der Nazidiktatur verweigerte [und] dem Widerstand zuarbeitete« (Roth 1995, 54).¹ Karl Heinz Roth legt 1995 Dokumente vor, die zeigen, dass »Erhard die Kriegswirtschaft der NS-Diktatur rückhaltlos bejahte und es sich zur Aufgabe machte, ihre Strukturen binnenwirtschaftlich wie annexionspolitisch zu effektivieren« (ebd., 61). Nichts anderes versucht er als Wirtschaftsminister (1949-1963) und anschließend als Bundeskanzler (1963 bis 1966): Um die außenpolitische und militärische Schlagkraft Deutschlands zu erhöhen, sollen Gewerkschaften und andere missliebige Interessengruppen ausgeschaltet bzw. in den nationalen Konsens eingebettet werden. Klasseninteressen sollen zugunsten der nationalen Interessen aufgegeben werden – falls nicht, droht Erhard zusammen mit den deutschen Unternehmern mit einer erneuten Diktatur. In den Worten der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände: Es sei »die obrigkeitliche Autorität der Regierungsgewalt zu stärken [und] die Gruppenmächte [sollen] in eine bloß gliedhafte und dienende Rolle verwiesen« werden (BDA-Schriftenreihe 24; zit. n. Opitz 1999, 55).

■ Konzertierte Aktion 1966

Der neoliberale Wirtschaftsjournalist Nikolaus Piper schreibt in der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. Juni 2022, in der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik habe es mit Kiesinger als Bundeskanzler einen »Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik« gegeben. Das Zusammenspiel zweier ehemaliger NSDAP-Mitglieder (Wirtschaftsminister Karl Schiller, ab 1937 NSDAP, später SPD; Kurt Georg Kiesinger, ab 1933 NSDAP, später CDU) mit dem Finanzminister Franz Josef Strauß (weltanschaulicher Referent des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und NS-Führungsoffizier, später CSU) habe die BRD »aus ihrer ersten Rezession geführt«. Piper, der wie viele daran glaubt, politisches Handeln könne die Logiken von Produktionsverhältnissen und Kapitalinteressen maßgeblich beeinflussen, übersieht in seiner Bilanz, dass die »Stabilisierung« des bundesdeutschen Haushalts schon damals auf Kosten der ökonomisch Schwachen ging: Das Programm des »Sozialen Wohnungsbaus« wurde fast eingestellt, Ausbildungszulagen für Kindergeldbezieher wurden gekürzt, Mietzuschüsse einem kleineren Personenkreis zugestanden, Berufsförderungsgelder wurden in die Arbeitslosenversicherung umgeschichtet, die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde »geschröpft« u.v.m. (vgl. Opitz 1999, 48ff). Die Drohung, bei unangepassten Klassenkampfaktionen Polizei und Militär einzusetzen, wurde permanent seit 1958 im Rahmen der Diskussion über die Notstandsgesetze (1968 verabschiedet) mobilisiert, um radikalen Gewerkschafter:innen und linken Parteien und Gruppierungen zu zeigen, was passiert, wenn sie die »Formierung« nach innen nicht akzeptieren. Die positive Einschätzung linker und gewerkschaftsnaher Theoretiker, die Formierung der Arbeiter und Angestellten (damit ist auch die »konzertierte Aktion« gemeint) sei durch die Gewerkschaften in den 1960er und 1970er Jahren aufgehalten worden, teile ich nicht. Vielmehr könnte Wolfgang Pohrt's These stimmen, dass das affirmative Stillhalten des deutschen »Proletariats« erkaufte worden ist durch »die Ausplünderung der Dritten Welt« (2022, 65), von der die Lohnabhängigen in den Metropolen bis heute massiv profitieren.

■ Nation vor Klasse

»Deutschland muss dienend führen«.

(Robert Habeck im Interview mit der *Frankfurter Sonntagszeitung* 13. März 2022)

»Man kann Gewerkschaften zerschlagen – man kann sie aber auch formieren«, schreibt Opitz. Im *express*-Beitrag heißt es zur aktuellen Situation, die »Bedingungen für einen Bruch der Konzertierten Aktion von unten scheinen heute günstiger als 1967«. Das Entscheidende an diesem Satz liegt in den Wörtern »von unten«. Vom DGB und den Einzelgewerkschaften haben wir nichts bzw. nicht viel zu erwarten. Schon in Coronazeiten haben sie gezeigt, dass sie trotz der gesundheitlichen »Kollateralschäden« gemeinsam mit den Kapitalisten darauf aus sind, deren Profitmehrung zu akzeptieren, wenn nur weiter die »Normalität« aufrechterhalten werden kann – zu den Kranken und Toten, die entweder als Wanderarbeiter oder als Illegale in der Fleisch- und Lebensmittelherstellung ausgebeutet werden, fänden und finden



©Lochen Lohoff

die Gewerkschaften vielfach keine sinnvollen Worte. Die Vergesellschaftung der Fleischartindustrie (bzw. die Forderung danach) nach dem Tönnies-Skandal wäre ein geeigneter Anlass gewesen, um zu zeigen, dass Lebensmittelerzeugung für Profit Menschen direkt (über die Arbeitsbedingungen) und indirekt (durch den industriellen Dreck, der als Fleisch und Wurst bezeichnet wird) krank macht oder tötet und: dass Alternativen möglich sind. Stattdessen: »Wir lesen heute, dass der Krankenstand im ersten Halbjahr 2020 praktisch identisch war mit dem des Jahres 2019« (Ebermann 2021, 18). Arbei-

ter:innen und Angestellte sind – wie Arbeitsminister Heil (SPD) – stolz darauf, dass sie in der Krise weiter deutsch-diszipliniert ihre Arbeit gemacht haben, als gäbe es keine Pandemie: »Wir haben keine Produktionsstätten geschlossen wie in Spanien und Frankreich. Bei uns gab es Absatzschwierigkeiten und Engpässe [...], aber das Produzieren war in Deutschland nicht verboten« (ebd., 19).

Der Schulterschluss von DGB und Kapital zeigte sich nicht nur während der Pandemie. Einen Monat nach Kriegsbeginn erklärt DGB-Chef Hoffmann gemeinsam mit BDA-Chef Dulger, dass es richtig sei, »auf das System Putin neben militärischem auch wirtschaftlichen Druck auszuüben«, es sei jedoch »möglichst Schaden von der eigenen Wirtschaft ab[zuhalten]«. Jede:r kennt diese Art von Erklärungen: Sie sollen darauf einstimmen, dass Kapital und Lohnarbeit keinen Gegensatz mehr bilden, sondern das »Volk« für die »Gemeinschaft« Opfer bringen muss; Schaden von der Wirtschaft abhalten heißt seit mehr als hundert Jahren nichts anderes als die Profite des Kapitals nicht zu gefährden. Dass der DGB deutsche Kriege und Kriegsbeteiligungen unterstützt, hat er 1999, beim völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Rest-Jugoslawien gezeigt: Der Vorsitzende Dieter Schulte sicherte der Bundesregierung »die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes [zu]« (zit. n. Meyer 2017, 267). Doch auch das ist nichts Neues: Jeder Krieg und jede Aufrüstungsaktion des Deutschen Reichs und der BRD sind von den Gewerkschaften (fast immer mit dem Argument des Arbeitsplatzerhalts) unterstützt worden.²

Seit 20 Jahren erleben wir, wie die Grünen in rasender Geschwindigkeit das nachholen, wozu die Sozialdemokratie mehr als hundert Jahre benötigte: Die Integration in ein Gesellschaftssystem, dem sie – was die Produktionsweise und alle damit zusammenhängenden sozialen, kulturellen und menschenzerstörenden Verwerfungen betrifft – vollständig zustimmen. Nicht die Reaktionäre und Militaristen der CDU/CSU sind es, die heutzutage Krieg und Rüstung sowie die Vernichtung Russlands propagieren: Scholz, Habeck und Baerbock fordern unverblümt die deutsche Führung in Europa, deklarieren eine »regelbasierte Ordnung« zum Leitbild einer neuen »feministischen Außenpolitik« und erklären uns, dass und wie der massive Einsatz von Waffen zu Frieden führen wird. Mit Unterstützung der selbstgleichgeschalteten Presse werden neue Feindbilder entworfen und die täglichen Zerstörungspraktiken des globalen Kapitals verleugnet – behauptet wird, dass in den USA und weltweit (außer in Russland und China) die Menschenrechte im Mittelpunkt stünden: »Das ist doch die Stärke der Menschenrechte: Unteilbarkeit« (Baerbock, 1. Juni 2022 im Bundestag). Wie sehr die Formierung 2.0 der bundesdeutschen Gesellschaft bereits fortgeschritten ist, zeigt sich vor allem daran, dass aus Kreisen der SPD und der Grünen kaum Widerstand gegen die Kriegspolitik nach außen und die Vervolksgemeinschaftung nach innen zu hören ist. Was Johannes Agnoli bereits 1986 prophezeite, ist eingetreten: »Statt eine Fundamentalopposition zu sein, erfüllen die Grünen die Aufgabe aller institutionskonformen Opposition: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen und in die Ordnung zurückzuholen« (2004, 183). Die konforme Opposition ist nun an der Macht und ruft eine neue »Ordnung« aus, die die alte ist. Umso massiver werden diejenigen verhöhnt und verfolgt, die sich gegen diese neue Ordnung wehren.

Die neue Volksgemeinschaft – Kurzduschen als Solidaritätsbeziehung

»Meine Duschzeit habe ich noch einmal deutlich verkürzt.«
(Robert Habeck im Spiegel-Interview am 24. Juni 2022)

Um das Feindbild Russland nicht nur aufzubauen, sondern es Tag für Tag aufrechtzuerhalten, ist es nötig, die eigene Bevölkerung auf die hausgemachte Krise einzuschwören und den neuen Feind als Verursacher dieser Krise zu benennen. Bei aller Abneigung gegenüber Putins völkisch-nationalistischen und zugleich neoliberalen Ideen und einem großrussischen Reich – er ist weder Schuld an der Kinderarmut (die wachsende Kinderarmut sei »eine wirtschaftliche Folge des Kriegs in der Ukraine«, so Bundesfamilienministerin Lisa Paus am 18. August 2022 in der FAZ), noch am Wassermangel, an der Verteuerung des Benzins oder an der Explosion von Strom- und Gaspreisen etc. Was Grüne und SPD momentan aufbieten, um die Subjekte der Nation anzusprechen und sie aufzufordern, als Deutsche ihre persönlichen Vorlieben (Duschen, Heizen, Waschen etc.) zurückzustellen, um Putin das Handwerk zu legen, ist ideologietheoretisch einzig wirksam, wenn sich die Angesprochenen als Teil einer Volksgemeinschaft und als Patrio-

ganda. Wer sich die Freude machen will, kann in Karl Kraus »Die letzten Tage der Menschheit« nachlesen, wie exakt dieselben Propagandafloskeln den Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918 für die »breite Masse« annehmbar machen wollten: »Das Durchhalten zum Beispiel, das is unsere Passion« / »Der Krieg hat auch seinen Segen. Er ist ein gar strenger Lehrmeister der Völker, über die er seine Zuchtrute schwingt« / »Jetzt is Krieg, mein lieber Herr! Da muss der Staatsbürger schon auch ein bißl was dazu tun« (1994; 60, 138, 166).

Das, was der Berliner Religionsphilosoph Klaus Heinrich als »Zurichtungsmechanismen« bezeichnet, um die Menschen das Leben und Arbeiten in kapitalistischen Verhältnissen als »normal« und erstrebenswert erleben zu lassen, wird vom Patriotismus-Botschafter Ulrich Wickert so formuliert: »Eine Gesellschaft kann nur dann friedlich zusammenleben, wenn unter ihren Mitgliedern ein genügender Zusammenhalt besteht. [...] Und dieser Zusammenhalt ist die Frucht von Erziehung, denn die Gesellschaft steht mit jeder Generation erneut vor der Aufgabe, das Verständnis für ihre Regeln weiterzugeben« (Wickert 2022). Der Einpeitscher der neuen deutschen Freiwilligkeit zum »sozialen Pflichtjahr« vergisst bei seinem Plädoyer in der SZ vom 12. Juli 2022, dass Kindergarten, Schule und Ausbildung (auch Hochschule) heute nach den Maßgaben der

Pazifist:innen und/oder bedeutende Intellektuelle etwas entgegengesetzt. Die Formierung der Subjekte zu willigen Unterstützer:innen einer imperialistischen Außenpolitik im Sinne des globalen Kapitals wird zudem begleitet durch die Idee (und die dazugehörige Praxis), welche 1914 die Deutschen in den Krieg hetzte, welche Hitler in seiner Rede zum 1. Mai 1933 propagierte (»Die Millionen Menschen, die [...] in künstlichen Klassen auseinandergehalten worden sind, [...] müssen wieder den Weg zueinander finden«) und welche bis heute in diesem Land beliebt ist: dass Klassenkampf die Volksgemeinschaft zerstört, welche den Deutschen doch wichtiger sein muss als höhere Löhne oder gar mehr Selbstbestimmung in den Betrieben. Scholz bemüht den Markt, der schon immer alles gerichtet hat, Dulger den Notstand, dessen militärische und geheimdienstliche Kräfte den Markt als Zentrum allen Denkens und Handelns verteidigen werden. Die neue konzertierte Aktion soll dazu führen, dass »Gewerkschafter und Arbeitgeber diese Krise gemeinsam bewältigen«, so Benedikt Peters in der SZ am 15. September 2022. Die Ursachen dieser »Krise« werden erst gar nicht erfragt. Was allerdings »gemeinsam bewältigen« heißt, erklärt uns Peters: Die Unternehmer sollen weiter Profite machen und die Arbeiter:innen sollen »sich kooperativ zeigen« sowie »auf ein paar Prozente verzichten« (ebd.). Echte Solidarität eben.

Opitz hat Recht, wenn er schreibt: »Die außenpolitische Formierung erfolgt mittels einer nationalistischen [...] Ideologie«, die innenpolitische dadurch, dass das »partnerschaftliche Zusammengehen von Kapital und Arbeit auf dem Nenner des Gemeinwohls« (1999, 130ff) erfolgen soll. Und er merkt an, dass »die faktisch wachsende Ungleichheit sich bei den Betroffenen auf die Dauer [...] bemerkbar machen« wird (ebd., 132). Ob die Betroffenheit allerdings zu einem linken Widerstand oder zu einer völkischen Mobilisierung führen wird, ist offen. Zu befürchten ist, dass die Formierungsprozesse der letzten Jahre und Jahrzehnte eher zu subjektiver Ohnmacht und Resignation denn zu befreiendem Handeln führen.

Literatur

- Agnoli, Johannes (2004): *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Ebermann, Thomas (2021): *Störung im Betriebsablauf. Systemirrelevante Betrachtungen zur Pandemie*. Hamburg: KVV konkret.
- Kraus, Karl (1994): *Die letzten Tage der Menschheit. Bühnenfassung des Autors*. Frankfurt/M.: Büchergilde Gutenberg.
- Meyer, Malte (2017): *Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1917*. Münster: edition assemblage.
- Opitz, Reinhard (1999): *Formierung*. In: Ders.: *Liberalismus. Faschismus. Integration*. Edition in drei Bänden Hgg. von Ilina Fach & Roland Müller. (Band II: *Faschismus*). 13-140. Marburg: BdWi-Verlag.
- Pohrt, Wolfgang (2022): *Theorie des Gebrauchswerts. Werke 1*. Hgg. von Klaus Bittermann. Berlin: Edition Tiamat.
- Roth, Karl Heinz (1995): *Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1954)*. 1. Teil: 1939 bis 1943. 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. 53-93.

Anmerkungen:

- Selbst das Münchner Institut für Zeitgeschichte übernimmt diese Selbstdarstellung Erhards und selbst heute – nach Bekanntwerden historischer Dokumente, die das Gegenteil belegen – fühlen sich national-soziale Propagandistinnen wie Sabra Wagenknecht bemüßigt, Erhards Verstrickungen in den NS nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen.
- Malte Meyers Werk »Lieber tot als rot« (Meyer 2017) belegt diese staatsreue und menschenverachtende politische Strategie der deutschen Gewerkschaften im Detail.
- Der Leitartikel trägt die Überschrift »Gas geben, jetzt«. Wie verkommen deutscher Journalismus ist, zeigt eine Überschrift, die »Gas geben« nicht (mehr) mit der Vernichtung der Juden assoziiert, sondern mit der militärischen Vernichtung Russlands.



t:innen verstehen. Mediale Unterstützung wird auch hier von allen Medien (TV, Presse etc.) geboten: Die SZ vom 22. Juli 2022 wirbt im Leitartikel dafür, der Bundesregierung die besondere Pflicht aufzuerlegen, »die Gemeinschaft zusammenzuhalten« (Kriegsredakteur Kornelius³); am selben Tag werden in der SZ »Bedenkenträger« denunziert, die sich nicht »einem Gefühl der gemeinsamen Verantwortung« (Malte Conradi) überantworten wollen, sondern nach wie vor kritische Fragen stellen. Bereits drei Wochen davor erklärt uns, wiederum im Leitartikel, eine Constanze von Bullion, dass die Grünen nun »für eine funktionstüchtige Armee und Tugenden wie Anstand, Ehrlichkeit und Selbstbescheidung kämpfen« würden (29. Juni 2022). Habecks Vorschlag des kürzeren Duschens sei schon deshalb akzeptabel, weil damit »nach Jahrzehnten des Konsumgetümmels« wieder »neue Fertigkeiten an Gewicht« gewinnen würden; zudem käme er den älteren Wähler:innen zupass, die »Nachkriegszeit und Entbehrung« erlebt hätten. Alle sozialen, kulturellen und ökonomischen »Einschränkungen« laufen unter dem Etikett »Solidarität«: Was früher ein Begriff war, der die finanzielle und soziale Unterstützung unterdrückter Menschen (und Staaten) zum Inhalt hatte, wird heute zum Disziplinierungselement einer Volksgemeinschafts-Propa-

Verwertung für die spätere Ausbeutung aufgebaut sind (employability der neudeutsche Begriff dazu) und dass die hauptsächliche Arbeit von (Hochschul-)Lehrer:innen sowie Ausbildern darin besteht, die lustvollen, lerngerigen und bunten Lebensentwürfe (so sie denn vorhanden sind) in die Bahnen zu lenken, die »der Wirtschaft« nützlich sind. Dass es (noch) kritische Schüler:innen und Student:innen gibt, ist lediglich ein Kollateralschaden, der spätestens im Berufsleben durch den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (Marx) seine Zurichtung findet.

Scholz und Dulger – Markt und Notstand

»Schon seit dem Godesberger Programm aus dem Jahr 1959 heißt es bei der SPD: so viel Markt wie möglich.«
(Olaf Scholz am 14. September 2022 in der FAZ)

Die Lage von kritischen Gewerkschafter:innen und anderen emanzipatorischen Kräften ist so hoffnungslos wie selten – der neuen Kriegspolitik materieller sowie ideeller Ausrüstung wird weder durch die Linke noch durch (wie zu Zeiten des Krefelder Appells)

Dringliches

30 Tage im November – Vom Wert der Menschenrechte

Der Blick zurück in die deutsche Geschichte zeigt, wohin Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus führen können. In einer von Kriegen, sozialen Verwerfungen und der Klimakrise geprägten Gegenwart gilt es mehr denn je, Wissen und Werte zu vermitteln, die uns befähigen, Frieden, Demokratie und Freiheit immer wieder neu zu fordern, zu bewahren und die Allgemeinen Menschenrechte zu verteidigen. Deshalb haben sich bisher über 230 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen und laden zwischen dem 27. Oktober und dem 4. Dezember 2022 zu mehr als 140 Veranstaltungen in Stuttgart, Ludwigsburg, Tübingen, Köln und an vielen anderen Orten ein. Die Reihe »Vom Wert der Menschenrechte« will gemeinsam mit dem Publikum mit Bild, Text und Ton, Theater, Musik und Film der Frage nachgehen, wie, was und ob wir aus der Vergangenheit gelernt haben und welche Schlüsse sich daraus für die Zukunft ziehen lassen.

Wann: Donnerstag, 27. Oktober bis Sonntag, 4. Dezember 2022

Wo: divers

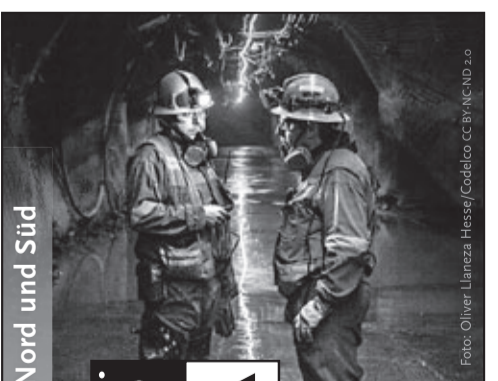
Veranstalter: Die AnStifter, Peter Grohmann u.a.
Weitere Informationen: 30tageimnovember.de

Leserliches

Gegen Preistreiberi und verschärfte soziale Spaltung

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und attac Deutschland haben einen lesenswerten Beitrag von Prof. Rudolf Hickel herausgegeben. Unter dem Titel »Preistreiberi und Inflation: Ursachenfundiert gegen die neuen Triebkräfte der sozialen Spaltung« analysiert er die inflationäre Entwicklung als »Angebotsinflation« und beschreibt verschiedene Ursachen dieser Entwicklung. Es handle sich nicht um eine Nachfrage-induzierte Inflation. Vor diesem Hintergrund hält er die Erhöhung der Leitzinsen als Mittel zur Inflationsbekämpfung für weitgehend wirkungslos. Die EZB befinde sich dabei in einem Zwiespalt, weil einerseits die Erhöhung der Leitzinsen zwar die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar und damit die Preissteigerungen für fossile Energie ein wenig bremsen mag. Auf der anderen Seite aber werde durch verteuerte Kredite die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum zusätzlich geschwächt. Das verschärfe die krisenhaften Tendenzen insbesondere in relativ hoch verschuldeten Ländern. Der wachsenden sozialen Spaltung müsse die Politik durch geeignete Interventionsmaßnahmen entgegenwirken. Daher setzt sich Hickel am Schluss seines Textes kritisch mit den beschlossenen und geplanten »Entlastungspaketen« der Bundesregierung auseinander.

Wir halten diesen Text vor allem deshalb für lesenswert, weil er die spezifischen Ursachen der aktuellen Inflation gut herausarbeitet. Er umfasst 16 Seiten und ist im Download verfügbar unter: <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656778.preistreiberi-inflation.html>



iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

Rohstoffe – auf ins grüne Glück?

Außerdem: Wahlen in Bosnien | Chile nach dem Referendum | Restitution in Frankreich

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

Außerhalb des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverständnisses

Eine Reflexion der betrieblichen Organisierung im Rahmen der deutschsprachigen Sektion der Industrial Workers of the World (IWW) – Von Mark Richter und Levke Asyr*

Als am 31. März 2012, dem »M31 – European Day of Action against Capitalism«, in mehr als 30 Städten ein internationales Netzwerk aus antiautoritären und radikalen Linken u.a. gegen die Austeritätspolitik der Troika demonstrierte, konnten die beiden Autor:innen dieses Artikels noch nicht ahnen, wie dies die folgenden zehn Jahre ihres politischen Engagements beeinflussen würde.

2012, wenige Jahre nach dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 2007/2008, dem Arabischen Frühling und am Anfang der militantesten Refugee-Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik, nahmen die Austeritätsmaßnahmen in Europa, angeführt durch die deutsche Regierung, brutale Formen an. Dies führte nicht nur zu deutschlandweiten Protesten, sondern stieß auch innerhalb der Linken strategische Debatten an.

In der Bremer Gruppe des linkskommunistischen »...umsGanze!«-Bündnisses, das den Aktionstag mit organisierte, entstand aus dieser Debatte die Absicht, dem eigenen Anspruch, soziale Kämpfe antinational zu organisieren, nun Taten folgen zu lassen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hielt man dafür jedoch für ungeeignet. Aus klassenkämpferischer Sicht ließe sich gegen sie einwenden, dass sie – historisch wie auch aktuell – autonome Klassenbewegungen verhindern oder ausbremsen. Ihre interne Struktur sowie die rechtliche Lage setzten objektiv den Handlungsrahmen so, dass am Ende zwar mehr Staat, aber keine Revolution herauskommen könne. Aus dieser Kritik entstand die nicht ganz neue Idee, sich die Gründung von Gewerkschaften anzuschauen, die ein deutlich klassenkämpferischeres Profil besaßen. Denn im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eben dort mehr kämpferisches Potential vorhanden ist, wo stärkere Bewegungen links der Sozialdemokratie existieren. Dies gilt umso mehr, nach dem sich die selbstzerstörerischen »Reformer« der Sozialdemokratie Clinton-Blair-Schröder ab 1996 durchsetzten, zur Speerspitze des Sozialabbaus wurden und ihr eigenes wirkmächtiges Milieu in weiten Teilen zerstörten. In Bremen entschieden die Genoss:innen, sich die weltweite Basisgewerkschaft IWW anzuschauen.¹

Die Wieder-Gründung der IWW

2006 wurde die IWW für den deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) offiziell neu- bzw. wiedergegründet (Vorläufer gab es bereits in den 1920er Jahren in einigen deutschen Hafenstädten) und folgte damit der Tradition, dass sich Ideen und Kampferfahrungen über Migration verbreiten. Ein Fakt, den die IWW in ihre Strategie aufnahm und der heute noch eine ihrer Stärken ausmacht. Wie die deutsche Linkspartei war die neugegründete IWW eine Negativkoalition von politisch Aktiven, die sich von anderen Organisationen abgewandt hatten. Auffällig war, dass inhaltliche und strategische Auseinandersetzungen aus pragmatischen Gründen in den Hintergrund gerückt wurden und sich somit von der nächsten Wobbly-Generation, darunter den Autor:innen dieses Textes, erst angeeignet werden mussten. Den Gründungsmitgliedern war jedoch weder klar ge-

wesen, warum es jetzt eigentlich die IWW, noch, warum es neben der FAU eine weitere syndikalistisch geprägte Gewerkschaft brauche.

Die IWW ist eine Organisation, die in den USA im Jahre 1905 ihren Anfang nahm, aber über Nordamerika hinaus ihre Strahlkraft entfaltete. Von Anfang an repräsentierte die IWW einen proletarischen Kosmopolitismus – in ihr organisierten sich bis dahin wenig beachtete Arbeiter:innengruppen, wie Frauen, People of Color und sogenannte ungelernete Arbeiter:innen. Die Kampfformen und Inhalte der Wobblies beruhen auf einer grundlegenden Ablehnung des kapitalistischen Lohnsystems und können auf folgende Formel gebracht werden: Wenn der Chef den Mund aufmacht, ist das ein Angriff auf uns alle. Damit verbunden ist die Idee, sich entlang der Branchen in einer internationalen Organisation zu vereinen, die so das

mie, sondern sie ließen auch einige historische Praxen wie Sabotage und direkte Aktionen wieder lebendig werden. Einige dieser Geschichten haben wir in unserem Buch »Spuren der Arbeit« veröffentlicht.² Ein Folgebuch zur Diskussion unseres Gewerkschaftsmodells ist geplant für 2023.

Interessant wurden die Erfahrungen aus Nordamerika auch deshalb, weil die USA neben Deutschland und China führend in der Entwicklung von Herrschafts- und Aufstandsbekämpfungstechniken sind. Die betrieblichen Kämpfe in Nordamerika sind in ähnlicher Form auch in Europa zu erwarten. Gerade in den USA beziehungsweise innerhalb großer US-Unternehmen wie Amazon oder Google werden beispielsweise Union-busting-Techniken erprobt und in andere Länder exportiert.

Die IWW war jedoch nicht nur wegen ihrer neuen, teils erfolgreichen Kampagnen für antiautoritäre Linke wie uns attraktiv gewor-

kolleg:innen miteinander quer zu ihrer Organisationszugehörigkeit zu vernetzen.

Die Solidaritätsgewerkschaft

Das Gewerkschaftsverständnis der IWW lässt sich mit dem Begriff der Solidaritätsgewerkschaft näher bestimmen. Die Solidaritätsgewerkschaft basiert auf drei Prinzipien: *Direkt* – Die Arbeiter:innen setzen direkte Aktionen ein, um Forderungen durchzusetzen und um sich gegen Vergeltungsmaßnahmen oder ungerechte Behandlung zu wehren (sie verlassen sich also nicht auf ein rechtliches Beschwerdeverfahren); *Demokratisch* – Taktiken und Strategien werden durch demokratische Komitees der Arbeiter:innen im Betrieb festgelegt (nicht durch externe Organizer:innen oder Gewerkschaftssekretär:innen); *Fürsorglich* – Gemeinsames Organisieren schafft eine Kultur der Fürsorge und



Staatensystem in eine nach Bedürfnissen produzierende Weltgesellschaft aufhebt. Die zwischenmenschlichen Verkehrs- und Organisationsformen im Hier und Jetzt müssten hierbei die neue Gesellschaft in Ansätzen vorwegnehmen. So weit, so optimistisch die Genoss:innen, die diese Strategie vor dem ersten Weltkrieg formulierten.

Die Autor:innen dieses Textes stießen 2012 zur IWW, kurz nachdem diese wieder dadurch bekannter wurde, dass Kolleg:innen in New York City sich bei der Café-Kette Starbucks organisierten und die bleierne Phase der verlorenen Kämpfe der 1990er langsam überwunden wurde. Angeführt wurden diese Kämpfe von einer neuen Generation von Arbeiter:innen, die sich allerdings auch innerhalb der nordamerikanischen IWW zunächst erst durchsetzen mussten, weil sie angeblich keine »richtigen Arbeiter:innen« seien. Die mit den Kampagnen verbundene internationale Aufmerksamkeit hatte zwei Folgen: Zum einen war für viele antiautoritäre Linke die IWW nun zurückgekehrt, und dann auch noch in einem Bereich, in dem zuvor behauptet worden war, Organisierung sei nur schwer möglich. Es hatte sich jedoch gezeigt: Es kommt auf das Gewerkschaftsmodell an. Zum anderen hatten die Kämpfe bei Starbucks nicht nur Symbolwirkung auf weitere Kampagnen in der Systemgastronomie.

Aus den Erfahrungen der historischen IWW war eine zentrale Erkenntnis hervorgegangen: Kampfzyklen kommen und gehen und liegen außerhalb unserer Kontrolle. Was eine Organisation hingegen leisten kann, ist die Konservierung und Weitergabe von Erfahrungen: Dies ist die Aufgabe des sogenannten Organizing-Trainings. Ausgearbeitet in den USA und mittels einer Veranstaltungstour 2012 über Deutschland, Österreich, die Schweiz, Großbritannien, die Türkei, Island, Taiwan, Hong Kong und Australien in verschiedene IWW-Regionen verbreitet, bildet das Organizing-Training heute die Grundlage unseres Gewerkschaftsverständnisses. Organizing dient hierbei nicht der Aktivierung von Mitgliedern, sondern der Selbstorganisation. Am ehesten erinnert dieses Verständnis an militante Untersuchungen der Operaist:innen und bedeutet, dass die Bedürfnisse der beteiligten Kolleg:innen ernstgenommen und ihnen nicht ein fertiges Programm vorgesetzt wird. Kolleg:innen bilden demnach eigenständige betriebliche Kerne oder Formen, verbunden mit unserer Strategie der doppelten Mitgliedschaft, d.h. eigene Gruppen unter dem Dach anderer Gewerkschaften zu bilden. Im Unterschied zur entristischen Strategie in der Tradition des Trotzkismus erobern IWW-Mitglieder keine Posten in anderen Organisationen, sondern versuchen kämpferische

Solidarität unter den Arbeiter:innen (anstelle eines Wettstreits um die Gunst des Chefs). Wir organisieren uns, weil und indem wir uns umeinander kümmern, damit es unseren Kolleg:innen besser geht und sie mehr Handlungsmacht aufbauen. Im Begriff der Fürsorglichkeit wird auch der feministische Einfluss in der internen Debatte deutlich. Dies geht somit über den Anspruch einer nur sozioökonomisch verstandenen Solidarität hinaus.

Seit 2012 hat die deutschsprachige IWW verschiedene Kampagnen geführt, einige davon in gewerkschaftsfernen Bereichen, einige im Einflussbereich der DGB/ÖGB/SGB-Gewerkschaften; einige durch Betriebsräte und einige als unabhängige Betriebskomitees. Eine der bekanntesten Kampagnen wurde in der Kantine der Commerzbank in Frankfurt 2008 organisiert, als zwölf Kolleg:innen mit öffentlicher Bekanntmachung aus der NGG aus- und in die IWW eintraten.³ Die Kampagne erhielt international einige Aufmerksamkeit, auch mit Solidaritätsaktionen in den USA und Großbritannien, verblieb leider aber stark fokussiert auf einen Betriebsrat und fiel dann 2012 in sich zusammen. Weiterhin hatten wir Betriebsgruppen und -aktive im Taxigewerbe und in der produzierenden Industrie in Kassel, in einem Callcenter in Rostock, in der Chemieindustrie in Hamburg, in der Gastronomie in Leip-

zig und Zürich, in der Reinigungsbranche in Solothurn, beim Roten Kreuz in Köln, der Pflege in Frankfurt und Hamburg, im Bildungsbereich in Berlin, im Sozial- und Erziehungsdienst in Bremen und Wien, der Deutschen Bahn oder bei Fahrradkurier:innen in Österreich.⁴

Viele Kampagnen blieben jedoch, und dies bewusst, unter dem Radar der Öffentlichkeit. Ein Kreis an Kolleg:innen ist demnach betriebsöffentlich aktiv, aber nicht öffentlich über den Betrieb hinaus. Allerdings entsteht durch das rein betriebsinterne Organizing der Eindruck, dass bei uns wenig passiert. Für eine langfristige Selbstorganisation, die auf aktiven Betriebsgruppen beruht und dadurch, wie wir hoffen, unsere Klassenmacht stärkt, braucht es nicht zwangsläufig Öffentlichkeit. Darum messen wir unsere Erfolge auch in Form von Zugeständnissen vom Chef und weniger durch Mitgliedszahlen, da diese nicht unbedingt ein Indikator für Klassenmacht sind. Mit den direkten Ak-

tionen haben Betriebsgruppen ihren Betrieb zeitweilig schlecht regierbar gemacht und konnten Kündigungen verhindern, die Übernahme von Kolleg:innen durchsetzen, Überstunden abwehren, haben mehrere Betriebsräte gegründet oder die Mehrheit im Gremium erlangt.⁵ Vielleicht ist es eine der schwierigsten Sachen, dass diese Gruppen stabil bleiben und überhaupt davon berichten, welche Aktionsformen zu welchem Ergebnis geführt haben.

Dennoch ist die IWW im deutschsprachigen Raum noch keine starke Kraft geworden. Zwar ist, vor allem in den letzten fünf Jahren, eine tragfähige Infrastruktur entstanden, darunter eine Organizing-Abteilung, die für die Weitergabe und -entwicklung des Organizing-Trainings und die Auswertung betrieblicher Kämpfe verantwortlich ist. Ein weiterer Erfolg war die Veröffentlichung der Broschüre zu Solidarischen Netzwerken.⁶ Schön und vielversprechend ist es auch, dass

die rund 500 Mitglieder der IWW viele bislang politisch unerfahrene Kolleg:innen und migrierte Kolleg:innen sowie Arbeiter:innen aus unterschiedlichen Branchen umfassen. Allerdings fehlt es unserer Meinung nach an Erfahrungskultur. Bislang kommt die Auswertung bisheriger Kampagnen und

die kontinuierliche (Neu-)Bewertung der Trainings zu kurz. Eine darauf aufbauende Debatte findet nur in Ansätzen statt – zumindest in unserem Kontext. Die IWW in Nordamerika und Großbritannien zeigt jedoch, dass eben solche Diskussionen gewinnbringend für die Bewegung sein und zu neuen Strukturen, neuen Ansätzen und neuen Koalitionen führen können.

Um die IWW im deutschsprachigen Raum weiterzuentwickeln und mögliche Bündnispartner (wie Ende Gelände oder Care Revolution) zu gewinnen, muss unseres Erachtens die Praxis der letzten fünf Jahre, beispielsweise im Rahmen einer (neuen) Strategiekonferenz, ausgewertet werden. Die politische Diskussion um die eigenen Standpunkte und Schwächen darf hierbei nicht zugunsten eines möglichst strömungsübergreifenden Konsenses hinten angestellt werden. Es ist Zeit für eine neue Phase der Debatte!

Mark Richter ist Sozialarbeiter aus Bremen, Levke Asyr ist Historikerin aus Leipzig. Beide sind Organizing-Trainer*innen und seit Jahren an der Entwicklung des Bildungsprogrammes der IWW beteiligt.

- Anmerkungen:**
- 1 Einsehbar hier: <http://basisgruppe-antifa.org/wp/der-klassenkampf-und-die-kommunistinnen-ein-strategie-vorschlag/>
 - 2 Mark Richter, Levke Asyr, Ada Amhang, Scott Nappalos (2021): *Spuren der Arbeit. Geschichten von Jobs und Widerstand. Berlin.*
 - 3 Ein Interview mit dem Betriebsrat Harald Stubbe gibt es hier: <https://www.wobblies.org/portfolio/eurest-frankfurt/>
 - 4 Einige dieser Erfahrungen sind hier aufgeschrieben: <https://www.wobblies.org/arbeitkaempfe/>
 - 5 Siehe das Interview mit der Betriebsgruppe der IWW Rostock in einem Callcenter: <https://www.sozonline.de/2016/04/organizing-im-callcenter/>
 - 6 Die Broschüre zum Download: <https://www.wobblies.org/portfolio/solidarische-netzwerke/>



Fahraj Castle_David Stanley_CC BY 2.0

Lohnarbeit und Psyche

Persönliche und systemkritische Überlegungen zu arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen – von Wolfgang Hien*

Seit der Jahrtausendwende lassen uns diese Themen nicht los: Stress am Arbeitsplatz, Mobbing, Burnout, Depression, Angst vor Arbeitslosigkeit, aber auch Angst vor Arbeit – die Liste ließe sich zwanglos fortsetzen. In praktisch allen Medien gibt es fast wöchentlich Aufmacher dazu, Fallgeschichten, Umfragen, neue Studien. Die Fülle der wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist selbst für Fachleute unübersehbar geworden. Ich selbst habe aus kritisch-arbeitswissenschaftlicher Sicht dazu mehrere größere Übersichtsarbeiten verfasst (Hien 2010, 2016a, 2016b). Es gibt unzählige statistische Daten und epidemiologische Studien, die zeigen, dass seit den 1990er Jahren die diagnostizierten psychischen Erkrankungen eindeutig ansteigen – in Deutschland wie weltweit – von einem noch im letzten Jahrhundert marginalen Niveau auf ein Niveau von mittlerweile 19 Prozent aller Krankheitstage (Schumann et al. 2022). Es gibt genügend Hinweise, dass dieser Anstieg recht deutlich mit den zunehmenden Arbeitsanforderungen im Kontext neoliberaler Restrukturierungsprozesse in der Arbeitswelt korreliert.

Zugleich aber mehren sich die Stimmen, die einen Unterschied zwischen der Zahl diagnostizierter Fälle und der Zahl tatsächlicher Fälle sehen. Früher, so das Argument, sei die Quote psychisch Erkrankter in der Bevölkerung genauso hoch gewesen wie heute, mit dem Unterschied, dass früher nur die schwersten Fälle vom medizinischen System erfasst wurden. Das sei heute anders, und daher sei die Aufregung über die angeblich steigende Zahl psychischer Kranker übertrieben. Dass früher viele Krankheiten nicht offiziell erfasst wurden, ist sicher richtig. Es ist eher

die daraus gezogene Schlussfolgerung, die mich aus Sicht eines kritischen Arbeitswissenschaftlers aufregt. Es geht einmal um die Ignoranz, was die sich verändernden Arbeitsverhältnisse und deren Bewertung hinsichtlich einer menschengerechten Arbeitsgestaltung betrifft; zum anderen geht es um das Menschenbild, das sich hinter den bagatellisierenden Urteilen verbirgt. Letztlich ist die gesamte Kontroverse durchwoben von einer Grundsatzfrage: Auf welcher gesellschaftstheoretischen Folie bewegen sich eigentlich bestimmte Beurteilungen?

Meine Beobachtungen des Diskurses lassen sich etwa so zusammenfassen: Bot vor 20 Jahren die Erkenntnis, dass uns die neoliberal orientierten Arbeitsbedingungen mit ihren Zumutungen psychisch belasten und krankmachen, noch Anlass für ein gewisses Erschrecken, wandelte sich mit der Zeit der Blickwinkel hin zu Themen wie Resilienz, Prädispositionen, Persönlichkeitsfaktoren und individuellen Verhaltensmustern. Gerade jetzt, zu Pandemiezeiten, sind die Medien voll von neuen Mitteilungen, Experteninterviews, Ratschlägen, Ratgebern und Hinweisen auf Unterstützungs- und Therapieangebote. Auch die Sozialversicherungsträger, die Krankenkassen, die Unfallversicherungen und die Rentenversicherungsträger überstürzen sich mit neuen Angeboten: Vorgesetzte sollen geschult werden, dass sie frühzeitig erkennen, wenn sich eine Untergebene:r unterfordert oder überfordert fühlt. Arbeitende mit psychischen Problemen sollen sich bei psychosozialen Berater:innen melden, z.B. bei den neu in Köln, Nürnberg und Berlin eingerichteten »Blaufeuer«-Beratungsstellen. Die Hansestadt Hamburg hat eine eigene Beratungs-

stelle »Perspektive Gesundheit und Arbeit« (PGA) eingerichtet, die hoch frequentiert wird. Die Krankenkassen schlagen Alarm, dass psychische Erkrankungen zu langen und teuren Arbeitsunfähigkeits- und langen stationären Behandlungen führen; sie fordern mehr Prävention. Doch auch hier zeigt sich: Nicht die Arbeitsbedingungen, die nach allen klassischen Kriterien der Arbeitswissenschaft zunehmend jedes menschliche Maß vermissen lassen, sondern das persönliche Verhalten steht im Vordergrund. In praktisch allen populären und wissenschaftlichen Ratgebern wird auf die Prädispositionen hingewiesen, wie z.B.: hohe Ansprüche an sich selbst, der Hang zum Perfektionismus, das Problem des Nicht-Abschaltens-Könnens und Ähnliches mehr. Dass all dies Faktoren sind, die wir ernst nehmen müssen, ist nicht zu bestreiten. Doch was hier völlig ausgespart wird, ist die Tatsache, dass alle neuen Managementtechniken darauf ausgerichtet sind, genau diese Verhaltensweisen zu fördern. Sei es in der Produktion von Autos und anderen Gütern, sei es in der Entwicklung oder Verwaltung, sei es in technischen oder persönlichen Dienstleistungen: Überall und generell werden die Taktzeiten von Jahr zu Jahr verkürzt, d.h. immer mehr Dinge müssen in immer kürzeren Zeitabständen bewältigt werden. Dies hat in praktisch allen Arbeitsbereichen zu einer Arbeitsintensivierung geführt, die vor einigen Jahrzehnten – auch in der Arbeitswissenschaft – unvorstellbar gewesen ist.

Am 29. Juli 2022 berichtete der Weser-Kurier von Studien und Umfragen, nach denen immer mehr Menschen krank zur Arbeit gingen. Das Phänomen wird als Präsentismus bezeichnet. Davon berichten die Ge-

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

Erinnern für Gegenwart und Zukunft

Erinnerung und politische Transformation hängen zusammen. Dazu braucht es Kollektivität, das öffentlich und kollektiv Werden privater Erinnerungen. Wie lassen sich Erinnerungen verknüpfen mit den Kämpfen von heute?

224 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-85869-967-1

Einzelheft € 18.–
 Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–
 Förderabonnement (2 Hefte) € 100.–
 Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

www.widerspruch.ch

»links« lebt!

Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de

sundheitsreporte der großen Krankenkassen, aber auch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Dies sei ein ernst zu nehmendes Problem: Die eigentlich kranken Erwerbstätigen könnten keine guten Leistungen erbringen, machten viele Fehler mit hohen Folgekosten und würden dadurch der Volkswirtschaft einen großen Schaden zufügen. War in früheren Jahren der Absentismus Stein des Anstoßes, ist es jetzt der Präsentismus. Eingeräumt wird, dass allerorts die psychischen Arbeitsbelastungen enorm gestiegen sind; auch seien während der Pandemie die Existenzängste der Menschen angestiegen, so dass – trotz der Rede vom Fachkräftemangel – sich mehr Menschen auch krank zur Arbeit geschleppt hätten. Es gibt tatsächlich gerade bei älteren und schon gesundheitlich beeinträchtigten Menschen eine umfassende Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren. Und zu welchen Schlüssen kommt der Artikel?

Es wird auf die neuen App-Angebote hingewiesen, mit deren Hilfe die psychischen Belastungen und die entsprechenden physiologischen Parameter digital registriert und ausgewertet werden können. Tatsächlich hat sich mittlerweile eine ganze Reihe von Firmen auf dem Markt etabliert, die sich den Unternehmen und Personalverwaltungen unter dem Motto »Betriebliche Gesundheitsförderung« anbieten. Die Mitarbeitenden sollen dazu angehalten werden, sich der digitalen Gesundheitsüberwachung anzuschließen. Übertreten bestimmte Marker einen Grenzwert, werden der/dem Betroffenen automatisch und gleichsam »in situ« Entspannungsprogramme angeboten, z.B. kleine Meditationsübungen, bestimmte Klänge oder Mantras, die einen wieder »zur eigenen Mitte« führen sollen und Ähnliches mehr. Was den Betroffenen selbstredend nicht angeboten wird, sind Gedanken, die unter keinen Umständen aufkommen dürfen: Wie kann ich mich gegen Zumutungen meines Chefs oder eines anonymen Arbeitsprogramms wehren? Wie kann ich diese Zumutungen unter den Kolleg:innen meines Arbeitsbereichs zur Sprache bringen, wo

mandelbaum verlag

Wolfgang Hien transdisziplinärer Versuch der Geschichte industrieller Arbeit in Deutschland und Österreich in einer aktualisierten und erweiterten Neuauflage!



Wolfgang Hien
DIE ARBEIT DES KÖRPERS
von der Hochindustrialisierung bis zur neoliberalen Gegenwart
364 Seiten | 25 Euro

mandelbaum.de | mandelbaum.at

Unterstützung bekommen, z.B. bei der betrieblichen Interessenvertretung oder der Schwerbehindertenvertretung? Und überhaupt: Wäre es nicht sinnvoll, erst mal zum Arzt zu gehen und vielleicht eine psychosomatische Rehabilitation zu machen?

Hilfreich ist ein Blick in den Stand der arbeitswissenschaftlich-epidemiologischen Forschung. Zur menschengerechten Gestaltung gehören ferner folgende Kriterien: möglichst viel Handlungsspielraum am Arbeitsplatz (die Arbeitspsychologie spricht von »high control«, wobei »control« als Eigenkontrolle der Arbeitenden verstanden wird), Entwicklungsmöglichkeiten und ein hohes Niveau an sozialer Unterstützung, insbesondere bei hohen emotionalen Anforderungen und Rollenkonflikten. Aufschlussreich ist eine große epidemiologische Studie mit mehr als 8.000 über 45-jährigen Erwerbstätigen, die unter Federführung des Londoner Psychiaters Stephen Stansfeld durchgeführt und in der sehr genau gegen psychische Probleme im Kindes- und Jugendalter adjustiert wurde. Sie zeigt ein fast zweifach erhöhtes Risiko für Depressionserkrankungen und Angststörungen, wenn bei der Arbeit kein Handlungsspielraum besteht, die soziale Unterstützung fehlt oder eine hohe Jobunsicherheit besteht (Stansfeld et al. 2008). Ähnliche Ergebnisse finden sich in zahlreichen weiteren Studien, so z.B. in einer neueren dänischen Studie (Svane-Petersen et al. 2020).

Dass gerade bei Gesundheitsarbeiter:innen (healthcare workers) die hohen emotionalen Belastungen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu einem signifikant erhöhten Depressionsrisiko führen, hat eine jüngst veröffentlichte – ebenfalls in Dänemark durchgeführte – Erhebung bei 1,6 Millionen Beschäftigten gezeigt (Madsen et al. 2022). Im gerade erschienenen Gesundheitsreport der deutschen Angestelltenkrankenkasse (Schumann et al. 2022) wird anhand der vorliegenden Krankenkassendaten der Zusammenhang von Psyche und Herz-Kreislauf-Erkrankungen genauer unter die Lupe genommen. Als besonderer Stressfaktor werden die sogenannten Gratifikationskrisen hervorgehoben, d.h. Belastungserfahrungen, bei denen den persönlichen Anstrengungen zu wenig Anerkennung und Wertschätzung gegenüberstehen. (...)

Exkurs

Hier sei mir ein kleiner Exkurs in meine eigenen Arbeitererfahrungen gestattet. In den 1960er und 1970er Jahren arbeitete ich in verschiedenen Betriebslaboren der chemi-

schen Industrie. Dort hatten in der Regel mehrere, manchmal bis zu zehn Personen ein bestimmtes Arbeitspensum, z.B. in der Analytik, zu bewältigen. Derartiges wird heute in der Regel von einer Laborantin oder einem Laboranten abgeleistet, mit dem Unterschied, dass dieser Mensch – selbstredend in einem vollkommen durchdigitalisierten Labor mit Dutzenden von Displays und Bildschirmen – eine vielfach größere Menge an Überprüfungen und Parametern zu überwachen und zu beurteilen hat. Gefordert ist eine ununterbrochen hohe Aufmerksamkeit, genauer: eine ununterbrochen hohe geistige Anspannung. Unaufmerksamkeiten werden registriert und kommen auf ein Negativkonto; und weil die nächste Rationalisierungs- oder Restrukturierungswelle ansteht, werden die Leistungen der Mitarbeitenden miteinander verglichen – in manchen Betrieben sogar auf großen betriebsinternen Displays – und auf diese Weise auch die innerbetriebliche Konkurrenz der Mitarbeitenden gnadenlos angeheizt. Ich halte derartige Betriebspraktiken für menschenfeindlich. Wer in einem Lehrbuch der Arbeitswissenschaft Auskunft sucht, was der Begriff der menschengerechten Arbeitsgestaltung, wie er sich im Arbeitsschutzgesetz findet, bedeutet, erfährt Folgendes: Die Arbeit muss für einen erwachsenen Menschen ausführbar, schädigungslos, beeinträchtigungsfrei und persönlichkeitsfördernd sein. (...) In den real existierenden Unternehmenskulturen sind aber nur »Hochleister« gewollt, und im üblichen Sprachgebrauch des Managements werden »Minderleister« als Problem angesehen, das es möglichst zu externalisieren gilt. Bei Nachfragen kommt immer der hohe globale Konkurrenzdruck ins Spiel, ein Argument, das leider fast alle Expert:innen zum Verstummen bringt, obwohl doch gerade hier eine Kapitalismuskritik angebracht wäre. Dieses Verstummen wirkt sich als innerer Zensor aus, d.h. in vielen aktuellen wissenschaftlichen und auch arbeitsmedizinischen Stellungnahmen werden nicht die unmenschlichen Verhältnisse – auch die zuweilen unmenschliche Sprache –, sondern die unzureichenden Fähigkeiten oder eben die »Vulnerabilitäten« derjenigen thematisiert, die aus dem System herausfallen. Der Unterschied zu den 1960er und 1970er Jahren: In unseren damaligen Labors hatten wir immer Mitarbeitende, die heute als »Minderleister«, als »nicht belastbar«, als »empfindlich« oder gar als »gestört« bezeichnet würden. Unter zehn Mitarbeitenden waren es immer ein oder zwei, die »schwierig« waren, aber sie wurden von allen akzeptiert und mitgetragen. Das war damals auch Teil der real existierenden Unternehmenskultur.

Agile Arbeit

Ein Wirtschaftsbereich, der bei all den Veränderungen als Vorreiter gelten darf, ist der IT-Sektor. Dazu und unter dem Blickwinkel, wie dort mit chronisch gesundheitlich Beeinträchtigten umgegangen wird, habe ich mehrere eigene Studien durchgeführt (Hien 2008; Hien/Funk 2019). Nach wie vor stehe ich mit vielen Beschäftigten in dieser Branche in Kontakt. Ein Interviewpartner, IT-Fachkraft in einem großen Unternehmen der Metallbranche in Nürnberg, berichtete über einen enorm gewachsenen Arbeitsdruck in den letzten Jahren: »Du kriegst ein Projekt auf den Tisch gelegt, sagen wir für sechs Wochen, aber dann kommen mindestens 300 Sachen nebenbei dazu, die du auch noch machen sollst, alles parallel.« Der Konkurrenzdruck unter den Kolleg:innen sei eindeutig gewachsen, und es zeichneten sich Konturen eines intergenerativen Konfliktes ab, denn: »Da kommen neue junge Mitarbeiter, frisch von der Uni oder der Hochschule, die sind gut ausgebildet, und die springen dauernd auf neue Sachen.« Das sei insbesondere dann fatal, wenn die jungen

Kolleg:innen schnell zur Team- oder Projektleitung avancieren. Zum Thema Zeitdruck käme dann die Aussage: »Sie haben genug Zeit, Sie müssen nur ein gutes persönliches Zeitmanagement lernen.«

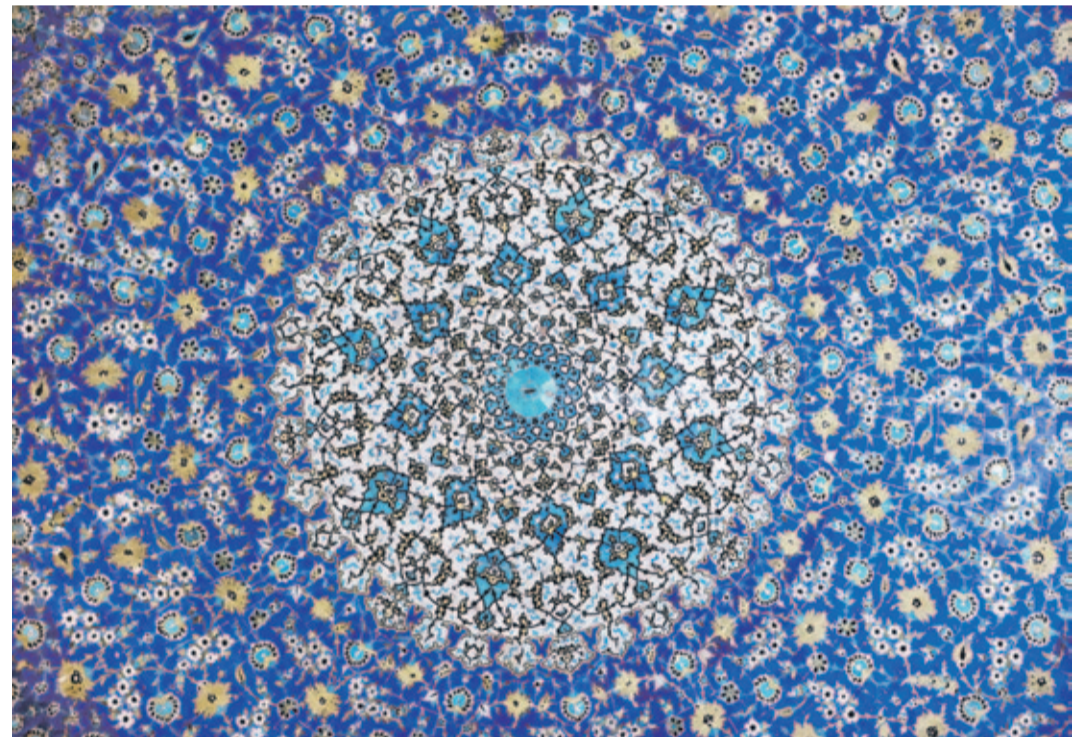
Eingebettet sind diese Arbeitsstrategien in ein Konzept der »Agile(n) Arbeit«. Dies ist ein Konzept, das auf Teamarbeit, Teamkontrolle und kurzfristige Zeitzyklen setzt. Qualifizierte und tradiert-ganzheitliche Aufgaben werden fließbandgerecht kleingestückt. Der Markt-Druck wird auf die Arbeiter:innen heruntergebrochen. Alle Verantwortung für die Turbulenzen und Schrecklichkeiten des kapitalistischen Marktes werden auf die arbeitenden Menschen abgewälzt. Kollektivität darf sich nur im Konsens mit den Markterfordernissen entwickeln – eine entfremdete und letztlich absurde Fehlorientierung menschlicher Ressourcen. Die Poren des Arbeitstages – eingedenk der Freude, etwas tun und auch mal etwas lassen zu können und eingedenk der kleinen Fluchten in einem sozialen Raum – werden geschlossen. Die britische Ökonomin Phoebe Moore hat in den Niederlanden agiles Arbeiten untersucht. Sie konstatiert einen Zwang zu »dauerhafte(n) Hochleistungen«, geködert von dem Versprechen, Beschäftigte könnten ihren Arbeitsbereich autonom gestalten. Doch diese Autonomie unterliegt der Logik der Marktkonformität. »Es kommt zu einer immer stärkeren Verschränkung von Arbeit, Identität und Leben. [...] Dadurch drohen sie zu agilen Subjekten in einem ewigen Zustand der Entfremdung zu werden« (Moore 2019, S. 243 und 253).

Paradox ist daher die Rede von der Subjektivierung der Arbeit. Es ist m.E. eine Subjektivierung im Modus der Entfremdung, in der Rollenidentität die Ich-Identität überdeckt und erstickt. Der sozialpsychologischen Forschung ist seit Langem das Problem der Überidentifikation bekannt (Dreitzel 1968). Überidentifikation bedeutet auch Überanpassung und Überverausgabung – ein Zug, der in die Gefahrenzone des Ausbrennens fährt; kombiniert mit der Idealisierung der eigenen Arbeit und dem Streben nach Perfektionismus kann dies ein Schnellzug ins Aus werden. Die Dynamik, mit der ein Subjekt in die Überanpassung gerät, kann als Verlust der Rollendistanz interpretiert werden. Sie führt, so Dreitzel, auf Dauer zu einer »marionettenhaften Existenz« und letztlich zu einer Depersonalisation, einem Merkmal von Burnout und Depression, d.h. einem totalen Wahrnehmungs- und Emotionsverlust sich selbst und anderen gegenüber, in der Konsequenz zu einem Zusammenbruch der Persönlichkeit. Die übersteigerte Rede von »gute(r) Arbeit« nährt Idealisierung und Überidentifikation. Gerade Gesundheitsarbeiter:innen werden so zu einer extremen Gratwanderung gezwungen, nämlich ihre Arbeitsqualität trotz schlechter Rahmenbedingungen hoch zu halten – was sie regelmäßig in Situationen be-

rufsethischer Rollenkonflikte und eines moralischen Gewissens-Stresses bringt (Hien 2009, 2016c). Selbstüberforderung, Angst und Konkurrenzdruck untereinander, unterschiedliche negative Bewertungen und Exklusionstendenzen – all das verbrennt die Erde, auf der »normale« Menschen in ihrer ganzen Streubreite, d.h. Menschen mit ihren Schwächen, ihren Krankheiten, ihrer Langsamkeit, vielleicht ihrer mangelnden Teamfähigkeit, d.h. durchaus auch mit ihren nicht-agilen Eigenheiten, leben könnten. (...) Hier ist die alte Frage Erich Fromms mehr als gerechtfertigt: »Müssen wir kranke Menschen produzieren, um eine gesunde Wirtschaft zu haben?« (Fromm 1974, S. 12), genauer: eine gesunde kapitalistische Wirtschaft? Die Frage nach einer psychischen und körperlichen Gesundheit verweist zwingend auf die Frage nach einer anderen, solidarischen und dem menschlichen Maß angepassten Wirtschaftsweise und damit einer anderen Beziehungsweise der Menschen untereinander, in der Sorge, Verantwortung und das Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit die Leitmerkmale sind.

* Wolfgang Hien ist Arbeits- und Gesundheitswissenschaftler. Sein Buch »Die Arbeit des Körpers – von der Hochindustrialisierung bis zur neoliberalen Gegenwart« ist gerade in einer zweiten, korrigierten Auflage erschienen (Wien 2022). Der vorliegende Text erschien zuerst in »Gesundheit braucht Politik. Zeitschrift für eine soziale Medizin«, Schwerpunkt: Psychische Erkrankungen, Nr. 3, Oktober 2022. – wir danken für die freundliche Überlassung.

Isfahan_Iمام Mosque_Ninara_CC BY 2.0



Literatur

- Dreitzel, H.-P.: Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft. Vorstudie zu einer Pathologie des Rollenverhaltens, Stuttgart 1968
- Fromm, E.: Die Revolution der Hoffnung. Für eine humanisierte Technik, Stuttgart 1971
- Hien, W.: Irgendwann geht es nicht mehr. Älterwerden und Gesundheit im IT-Beruf, Hamburg 2008
- Hien, W.: Pflegen bis 67? Die gesundheitliche Situation älterer Pflegekräfte. Frankfurt am Main 2009
- Hien, W.: Sich verbiegen lassen oder aufrecht gehen?, in: Psychologie und Gesellschaftskritik, Band 34, Heft 4, 2010, S. 85-103
- Hien, W.: Psychische Arbeitsbelastungen und chronische Erkrankungen. In: sicher ist sicher, Band 67, Heft 5, 2016a, S. 243-247
- Hien, W.: Restrukturierungen – schicksalhaft gegeben? In: Derselbe: Kranke Arbeitswelt, Hamburg 2016b, S. 94-110
- Hien, W.: Krankenhausarbeit unter Ökonomisierungsdruck. In: Derselbe: Kranke Arbeitswelt, Hamburg 2016c, S. 123-144
- Hien, W. / Funk, G.: Chronisch krank im Klein- und Mittelbetrieb, Working Paper Nr. 124, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2019
- Madsen, I.E.H. et al.: Emotional demands at work and risk of hospital-treated depressive disorder in up to 1.6 million Danish employees: a prospective nationwide register-based cohort study, in: Scand J Work Environ Health, Band 48, Heft 4, 2022, S. 302-311
- Moore, P.: Agiles Arbeiten und Messung des Affektiven. In: Florian Butello / Sabine Nuss (Hg.): Marx und die Roboter, Berlin 2019, S. 237-255
- Schumann, M. et al.: Gesundheitsreport der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, Heidelberg 2022
- Stansfeld, S.A. et al.: Psychosocial work characteristics and anxiety and depressive disorders in midlife: the effects of prior psychological distress. In: Occup Environ Med, Band 65, Heft 9/2008, S. 634-642
- Svane-Petersen, A.C. et al.: Psychosocial working conditions and depressive disorder: disentangling effects of job control from socioeconomic status using a life-course approach, in: Soc Psychiatry Psychiatr Epidemiol, Band 55, Heft 2/2020, S. 217-228

Erschaffung einer neuen Wirklichkeit

Nasser Barin* über die gegenwärtigen Proteste im Iran

Die Legitimität der Islamischen Republik hat nach mehr als vierzig Jahren ihres Bestehens in allen Bereichen der iranischen Gesellschaft ihren Tiefpunkt erreicht. Dementsprechend ist eine große Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten entstanden.

Die gegenwärtige, revolutionäre Bewegung hebt sich deutlich von allen anderen Bewegungen ab, die das Regime in den letzten vierzig Jahren erlebt hat. Auch sie waren gegen die totalitäre, islamistische Unterdrückungspolitik, gegen die kapitalistischen Ausbeutungs- und Diskriminierungspraktiken, die im System der Islamischen Republik tief verwurzelt sind.

Die aktuelle Bewegung bzw. Rebellion geht nun im Unterschied zu den bisherigen noch einen Schritt weiter. Sie richtet sich kompromisslos gegen eines der Fundamente aller totalen Herrschaftsformen – gegen die Unterwerfung der Körper von Frauen. Die Pfeilspitze dieses Kampfes zielt auf diejenigen Täter ab, die das gesellschaftliche Leiden verursacht und etabliert haben, also gegen das gesamte System, gegen die herrschende Clique.

Wir wissen, dass das gesellschaftliche Leiden keine Abstraktion, keine Einbildung ist. Es entspringt den realen patriarchalen Strukturen und der kapitalistischen Verwertungslogik. Der Kampf gegen das Leiden legitimiert sich durch »das Recht«, das durch die iranische Revolution von 1979, die zur Absetzung des Schahs und Beendigung der Monarchie führte, und durch die postrevolutionären Auseinandersetzungen errungen wurde. Dies stellt eine Art »Naturrecht« der postrevolutionären Ära dar. Das gesellschaftliche Leiden mit allen seinen vielfältigen Formen stand jedoch von Anfang an im direkten Widerspruch zu den universalistischen Forderungen der Revolution, im Widerspruch zu deren emanzipatorischen Diskursen. Kurzum: Es stand im Widerspruch zur Freiheit als höchstem historischen Ziel der Revolution.

In der bleiernen Zeit vor und während der Revolution von 1979 hatte der große Teil der Linken eine abstrakte Vorstellung von Freiheit. Priorität besaß der antiimperialistische Kampf. Dies legitimierte jede Form der Koalitions- und Frontbildung, auch mit den reaktionären, antimodernen, kapitalismusbejahenden Kräften – nach dem Motto: Man habe einen gemeinsamen Feind. Es kommt nicht von ungefähr, dass der französische Philosoph Michel Foucault die sog. »Islamische Revolution« unter der Führung von Ayatollah Khomeini auf die Formel eines »Geists einer geistlosen Welt« brachte. Foucault lebt nicht mehr, um zu sehen, dass sich im »Land der Islamischen Revolution«, wie es in der offiziellen Geschichtsschreibung genannt wird, inzwischen »der weibliche Geist einer männlichen Welt« entwickelt hat. Frauen im Iran, die jeden Tag allerlei Unterdrückung und Gewalt erleben, denken weder in den althergebrachten noch in zeitgenössischen Dogmen – seien es identitäre Dogmen, ethnisch-kulturalistische oder nationalistische Ideologien.

Die kämpfenden jungen Frauen und ihre männlichen Mitsstreiter setzen sich mit ihren unmittelbaren Lebensumständen auseinander, also mit dem Jetzt und Hier. Die Leitparole der Protestierenden »Frau, Leben und Freiheit« (Zan, Zendegi, Azadi) drückt eine konkrete, positive Strategie und Perspektive aus. So gesehen hat die gegenwärtige Bewegung, in der die Frauen eine zentrale Rolle spielen, einen Vatermord begangen.

Wie wir wissen, laufen sowohl die Klassenkämpfe zwischen Arbeit und Kapital als auch die Kämpfe der Mittelklasse für die

Verteidigung ihres Status quo und für zahlreiche nicht erfüllte Forderungen, in kapitalistischen Gesellschaften oft parallel, unabhängig voneinander. In diesen Kämpfen dominiert manchmal die eine und manchmal die andere Kraft. Wie es scheint, kämpfen im Iran momentan die Angehörigen der Arbeiterklasse und die der Mittelklasse gemeinsam gegen eine reaktionäre Macht mit Totalitätsanspruch – eine Form der Mischherrschaft aus der Theokratie und dem Rentier-Kapitalismus. Die jungen Menschen aus beiden Klassen kämpfen gemeinsam für ein besseres Leben im Diesseits, für die Selbstbestimmung in den politischen und sozialen Entscheidungsprozessen. Sie kämpfen gegen eine Kultur des Patriarchats und gegen eine auf religiöse Überzeugung wie auf einem patriarchalischen Menschenbild gegründete Gewalt. Diesen jungen Frauen und Männern wurden, wie ihren älteren Leidensgenoss:innen, seit der Herrschaft des islamischen Regimes elementare Rechte verweigert. Sie wurden und werden geschlagen und eingesperrt, wenn sie öffentlich wagen, auf eine andere Art zu leben, als es die herrschende islamische Ideologie erlaubt. Diversität in Geschlechterverhältnissen, Individualität und die freie Wahl des Lebensstils und der Denkausrichtung sind nicht erlaubt. Sicherheitskräfte, Sittenpolizei und die strenggläubigen oder regimetreuen Lehrer:innen bewachen und bestrafen sogenannte Normverletzungen in der Schule, am Arbeitsplatz und auf der Straße.

Nun sind sie, die Unterdrückten, auf den iranischen Straßen. Teile von ihnen sind bereit und entschlossen, wegen ihrer verlorenen Lebensjahre und ihrer Unterdrückung, Rache am »absolutistischen Vater«, dem religiösen Führer Ali Khamenei, zu nehmen. Hier geht es nicht nur um einen Kampf gegen die herrschenden politischen Verhältnisse. Auch die patriarchalen Traditionen und Denkformen sind der Gegenstand dieses Kampfes. Daher wird nicht nur auf der Straße gekämpft und Widerstand gezeigt. Die überwiegend jungen Menschen begehren zu Hause und in den Familienkreisen gegen die traditionellen und konservativen Lebens- und Denkvorstellungen auf. Ihr Aufbegehren wird noch andauern.

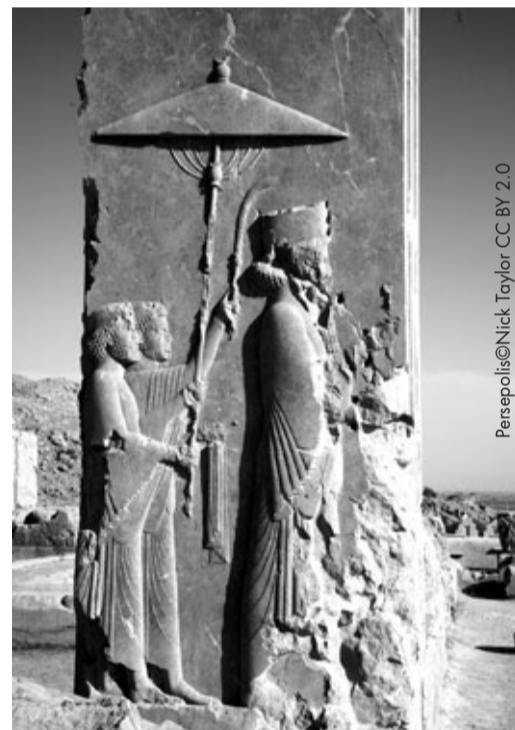
Was leitet die Proteste politisch?

Es ist richtig, dass das gegenwärtige, freiheitsfeindliche Regime sowohl Frauen als auch Männer unterdrückt. Dabei sollten wir aber nicht außer Acht lassen, dass es in der iranischen Gesellschaft repressive Vorstellungen gibt, die auf der patriarchalen Vorstellung von Leben und Geschlecht beruhen. Diese reaktionäre Sicht, die bei manchen Schichten und Gruppen der Gesellschaft tief verankert und mit Macht verbunden ist, trägt zur Doppelunterdrückung der Frauen bei. Sie ist in mancher Hinsicht noch gewaltförmiger als der Unterdrückungsapparat des Regimes. Auch ein Teil der männlichen Aktivist:innen, ein Teil der männlichen Protestierenden, ist nicht von patriarchalen Ideologien frei. Blickt man auf die gegenwärtigen Proteste und auf deren Leitparole »Frau, Leben und Freiheit« stellt man einen Prozess der Bewusstwerdung der Frauen über ihren Körper fest. Diese Frauen schreiben die Befreiung aus den Verhältnissen, die das strukturelle Leiden verursacht, auf die Fahne ihres Kampfes. Das ist ein Unterschied zwischen dem gegenwärtigen und den vorherigen Protesten im Iran. Es zeichnet sich ein Übergang von einer »negativen« Einheit zu einem »Po-

sitiven« aus – die Protestierenden scheinen zu wissen, was sie wollen.

Wenn man die gegenwärtigen Proteste bzw. Aufstände mit den vergangenen in Zusammenhang stellt, scheint es, dass wir es mit einer »Revolution in Etappen« zu tun haben. Das hat eine eigene Dialektik – die Dialektik der Langsamkeit mit der gleichzeitigen Vertiefung revolutionärer Prozesse. Ein schneller Sieg ist nicht immer so erfreulich, wie es sich manche wünschen. Für eine revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist eben ein Aufklärungsprozess erforderlich, ein Prozess, der die revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse mit der Hoffnung vieler Menschen auf Veränderung verbindet und so ein gemeinsames, gesellschaftliches Ziel erschafft.

Daher ist es kein revolutionärer Romantizismus, wenn man hervorhebt, dass wir im Iran Zeuge eines revolutionären Prozesses sind. Es ist eine Bewegung in Gange, die im Begriff ist, alles unter das Messer der Kritik zu ziehen, alles Vertraute, Etablierte zu dekonstruieren und neu zu definieren. Es entstehen neue Ideen und neue Kampfformen,



Persepolis©Nick Taylor CC BY 2.0

ausgedrückt u.a. in der Leitparole der Proteste »Frau, Leben, Freiheit«. Diese steht für die Befreiung der Frauen, für ein Leben ohne Ausbeutung und Lohnsklaverei und für die Freiheit bzw. die freie Selbstbestimmung. Die politische Strategie dieser Bewegung ist die Negation der Islamischen Republik, mit allen ihren reaktionären, ausbeuterischen Erscheinungs- und Gewaltformen. Das ist ihr negativer Aspekt. Ihr positiver ist eben die Erschaffung einer klassenkämpferischen, emanzipativen und feministischen Perspektive. Dass diese Revolution eine »weibliche Revolution« sei, soll deren Bedeutung in einer Region hervorheben, wo Männlichkeitskultur und Patriarchat tief verwurzelt sind. Dennoch hat die gegenwärtige Bewegung auch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Die Menschen kämpfen für ein besseres Leben. Sie kämpfen zugleich gegen die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Daher ist die aktive Teilnahme der Arbeiterklasse bzw. ihrer Räteorganisationen für die Einheit der beiden Perspektiven, der politischen und der sozialen, bestimmend und von historischer Bedeutung. (Zum Redaktionsschluss sind uns folgende Streiks bekannt: Haf Tapeh Zuckerrohr, Asaloye Petrochemie, Bandar Abbas Petrochemie, Abadan Petrochemie, Fars Ghadir Niriz Stahl, Mahshahr, Buschehr Petrochemie, Kangan Petroraaffinerie, South Pars Oil and Petrochemical Company, Abadan Tankwagenfahrer – Anm. d. Red.)

Die gegenwärtige, revolutionäre Bewegung als Prozess wird die Frauen, also die

Hälfte der iranischen Gesellschaft, befreien. Frauen wurden nach der Machtübernahme der reaktionären Kräfte in Folge der iranischen Revolution diskriminiert, ausgestoßen und ausgegrenzt. Ihr erster Protest gegen den Schleierzwang am 8. März 1979 wurde von großen Teilen der iranischen Linken ignoriert und als zweitrangig eingestuft. Seit der Durchsetzung des Schleierzwangs und aller anderen Frauendiskriminierungsgesetze stehen Frauen unter permanenter Kontrolle und sind vieler Formen der Gewalt ausgesetzt.

Was auf den iranischen Straßen stattfindet, hat daher eine historische Dimension und Bedeutung. Dort werden seit Langem aufgestaute Forderungen erneut gestellt. Dort wird durch die konkrete, rebellische Praxis eine organische Verbindung hergestellt zwischen den Kämpfen der Frauen für ihre Rechte und den Kämpfen der Iraner:innen gegen die religiöse Entfremdung und für die Freiheit. Die Kämpfe der Lohnabhängigen gegen das System der Ausbeutung und für die Selbstbefreiung aus der Lohnsklaverei bilden einen festen Bestandteil der gegenwärtigen Bewegung. Die Radikalität der Kämpfe und Perspektiven räumt derzeit keinen Platz für reformistische und konservative Kräfte ein – weder reformistische noch monarchistische Parolen sind zu beobachten. Weder die Propaganda der Geheim- und Sicherheitsdienste des Regimes noch der nationalchauvinistischen Kräfte haben Wirkungen gezeigt. Beide warnen und warnen vor einem Bürgerkrieg, vor dem Zerfall des Irans und vor den Sezessionsbestrebungen der iranischen Ethnien, sollte die Zentralmacht destabilisiert werden. Insofern entfalten weder auf den alten Gerechtigkeitsparolen basierende religiöse Kräfte noch die Teilnahme an den Wahlen als Alternative bei den Menschen, insbesondere den Jüngeren, irgendeine Wirkung.

Die Protestierenden sind sich darüber bewusst, dass die Monarchisten, die Anhänger des Ancien Régime ihre eigene Agenda verfolgen, wenn sie jetzt versuchen, die gegenwärtigen Kämpfe zu instrumentalisieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie im Fall einer noch krisenhafteren Situation mit dem Militär bzw. mit den »Wächtern der Islamischen Revolution« (*Sepah*) einen gemeinsamen Plan für die Zeit nach dem Sturz des Regimes schmieden. Für die Monarchisten hat die Rückkehr zur Macht und somit die Restauration des alten Schah-Regimes höchste politische und ideologische Priorität.

Doch es scheint eine Zeit eingetreten zu sein, in der die Menschen durch ihre unmittelbare Praxis in den Stadtteilen, auf den Straßen und Gassen eine neue Geschichte schreiben, etwas wie eine neue Wirklichkeit erschaffen. Subjekte wie objektive Bedingungen für den historisch revolutionären Bruch scheinen vorhanden zu sein – eine Situation, in der die Oberen nicht mehr können und die Unteren nicht mehr wollen. Dies zeigt sich nicht nur durch anhaltende Proteste und die radikalen Parolen, sondern durch Nervosität, Angst und Zweifel der herrschenden Klasse und ihrer Angehörigen. Ihre Sicherheit, d.h. die Sicherheit des Raubes, der Unterdrückung und Ausbeutung, scheint langsam zu bröckeln. Die über vierzig Jahre unterdrückte Wut hat sich längst in ein Feuer verwandelt, das Tag für Tag wie ein Lauffeuer das ganze Land in »Mitleidenschaft« zieht. Es lässt sich hoffen, dass auf dessen Asche eine neue Ordnung im Iran entstehen wird.

* Nasser Barin ist Redakteur und freier Journalist. Übersetzung aus dem Persischen: Said Hosseini.

Im Assessment-Center der KPdSU

Gaston Kirsche* über den Film *The Death Of Stalin*

Beinahe heiter beginnt »The Death Of Stalin« im Konzertsaal von Radio Moskau mit einer Aufführung des 23. Klavierkonzertes in A-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart. Solide als Parallelhandlung montiert, betrinkt sich das Politbüro der Staatspartei KPdSU im Kreml beim Gastgeber Stalin. Keiner will etwas Falsches sagen, aber jeder mit den richtigen Sprüchen ganz vorne mit dabei sein. Als die weinselige Runde sich auflöst, lässt sich Lawrenti Beria, Innenminister und Chef des Geheimdienstes NKWD, von Stalin eine Liste abzeichnen. Wer darauf steht, soll diese Nacht verhaftet und erschossen werden. Zum Abschied sagt Beria beiläufig zu Georgi Malenkov, Sekretär des ZK und Stellvertreter Stalins, als sie auseinander gehen: Du stehst auch auf der Liste.

Dann verteilt er die Seiten der Liste an bei laufendem Motor wartende Kommandos des NKWD. Zu einem Ehepaar merkt er an: Erschießt sie zuerst, aber so, dass er es sieht.

Als Nikita Chruschtschow, ebenfalls Sekretär des ZK, zu Hause ankommt, diktiert er seiner Frau Nina alle Sprüche und Witze, die er gemacht hat. Und ob sie Stalin gefallen haben. So will er vorbereitet sein, falls ihm eines Tages irgendetwas vorgeworfen wird. Das Politbüro wirkt wie eine permanente Bewerbung um die Gunst Stalins. Ein Assessment-Center, keine Meinungsbildung unter Kommunisten. So bildet *The Death of Stalin* eindrücklich, dass die immer noch Politbüro oder Kommunistische Partei genannten Organisationen nur noch leere Begriffshüllen sind, komplett ihres ursprünglich revolutionären Sinnes entleert. Die größten Unterschiede zur Vorstandssitzung eines westlichen Autokonzernes dürften der grobschlächtere Ton und der fehlende bürgerliche Klassendünkel sein.

Im Aufnahmerraum von Radio Moskau klingelt derweil das Telefon. Der Tontechniker spricht mit Josef Stalin höchst persönlich. Der wünscht am selben Abend die Aufnahme des Konzertes zu bekommen. Kreidebleich fragt der Tontechniker seinen Kollegen: Haben wir eine Aufnahme gemacht? Nein. Panik breitet sich aus. Der Dirigent stolpert voller Angst und bricht sich das Genick. Alle müssen dableiben! Stalin will eine Aufnahme, also wird das Konzert wiederholt. Alle zurück auf die Plätze. Während die Autos der Einsatzgruppen des NKWD durch die nächtliche Stadt jagen, fährt ein Auto los, um einen Ersatz für den Dirigenten zu holen. Als es klingelt, denkt der Dirigent, er wird verhaftet. Denn zeitgleich werden Nachbarn abgeführt: In einer absurden Szene wirkt es so, als ob massen-

haft Bewohner:innen gerade dieses Haus zeitgleich verhaftet werden. So werden Personenkult und Terrorregime Stalins in einem Szenenaufbau verdichtet: Verhaftungen und Gehorsam.

Der Irrtum des Dirigenten, der nicht verhaftet wird, der irrsinnige Aufwand, ein Konzert nur für eine Laune Stalins wiederholen zu müssen, während die Erschießungskommandos ihre Listen abarbeiten – alles zusammen wirkt komplett absurd.

Angekündigt wurde »The Death Of Stalin« vom Filmverleih als Komödie. Es ist eine Tragikomödie. Die Darstellung des stalinistischen Regimes, seiner brutalen Willkür wie seines Personenkultes wirkt vor allem dadurch überzeugend, weil die allgegenwärtige Angst, die Panik gezeigt wird. So ist die Klaviersolistin Maria Judina im Aufnahmesaal die Einzige, die den Mut hat, sich zuerst zu weigern, für Stalin noch einmal zu spielen – sie nennt ihn einen Tyrannen. Etwas dick aufgetragen wird sie als herausragender christlicher Engel von Bondgirl-Darstellerin Olga Kurylenko gespielt. Aber für etwas Schmiergeld spielt sie dann doch noch einmal.

Als der Tontechniker mit der Aufnahme endlich zu den ungeduldig wartenden Uniformierten eilt, steckt sie aber einen Zettel in die Plattenhülle, den Stalin beim Auflegen der Schallplatte findet – und nach dessen Lektüre er bewusstlos umfällt.

Marija Weniaminowna Judina war tatsächlich eine bekannte Pianistin der Sowjetunion, 1919 vom Judentum zur orthodoxen Kirche konvertiert, die sich 1948 mutig gegenüber Stalin für den Komponisten Dimitri Schostakowitsch einsetzte, dem »Formalismus« vorgeworfen wurde. Beide überlebten Stalins Säuberungen. Durch die Zuspitzung im Film wirkt es so, als ob das Christentum, nicht die politische Opposition, die wahre Opposition gegen Stalin gewesen sei. Im Film wird er durch die Christin Maria Judina sogar zu Fall gebracht: Kurz lachte er noch darüber, als Ungläubiger beschimpft zu werden, dann sank er, vom Schlaganfall getroffen, zusammen. Der gewerkschaftliche, der kommunistische Widerstand, er kommt nirgends vor.

Der Regisseur Armando Iannucci aus Glasgow hat sein Handwerk bei der BBC gelernt. Bekannt wurde Iannucci durch mehrere TV-Produktionen mit dem fiktiven Moderator Alan Partridge sowie als Erfinder der politischen Satire »The Thick Of It«. 2009 kam die Politsatire »In The Loop« in die Kinos – sie war trotz eines kleinen Budgets in Großbritannien ein großer Erfolg und wurde für einen Drehbuch-Oscar nominiert. Sein neuer Film »The Death Of Stalin« beruht auf der in Frankreich erschienenen Graphic Novel von Fabien Nury und Thierry Robin, deren Original den Titel »La Mort de Stalin« trägt.

Die bitterböse Komödie »The Death Of Stalin« ist reinster schwarzer britischer Humor. In einem Interview mit dem *Rolling Stone* anlässlich des Filmstartes in den USA wird Iannucci gefragt, ob die Lächerlichkeiten der realen Geschichte der Stalinzeit für ihn als Satiriker die Umsetzung des Filmes nicht erschwerten – weil sie Übertreibungen nahelegten: »Absolut! Absolut! Im realen Leben wurden für das Konzert drei Dirigenten benötigt, weil der erste ohnmächtig wurde und sich ausknockte. Sie holten mitten in der Nacht einen Zweiten, aber der war betrunken. So mussten sie nochmal los und einen Dritten holen«, lacht Iannucci: »Wenn ich am Anfang gleich drei Dirigenten ge-

nommen hätte, hätte mir keiner geglaubt. So bin ich auf Zwei runter gegangen«.

Auch bei der Darstellung der Entwicklung im Politbüro bemüht sich Iannucci nicht um Situationskomik um jeden Preis, sondern um eine Anlehnung an die historischen Ereignisse. Verlockend für den Satiriker hierbei ist, dass es wegen der sowjetischen Geheimhaltungsgewohnheiten nur wenig gesicherte Fakten gibt. So ist bereits der Todeszeitpunkt Stalins nicht eindeutig, sondern liegt zwischen dem ersten und dem fünften März 1953.

Gesichert ist: Seit dem 1. März ist Stalin nicht mehr in Erscheinung getreten. Im Film ist sehr symbolträchtig zu hören, wie jemand oder etwas Schweres in Stalins Salon laut hinfällt. Kurzer Dialog der beiden vor der Tür stehenden Wachsoldaten: »Müssen wir nicht nachschauen?« – »Bist du verrückt?

lution, sondern von einem opportunistischen Gehorsam gegenüber Stalin und seiner staatskapitalistischen Entwicklungsdiktatur geprägt war.

Auf historischen Fotos halten die acht Dadochen noch einträchtig die Totenwache. Auf ihren Sitzungen fallen sie übereinander her: Molotow, Woroschilow, Beria, Malenkov, Bulganin, Chruschtschow, Kaganowitsch, Mikojan. »Es war eine Farce und ja, es war wahr, weil unter Terror und Paranoia verrückte Sachen gemacht werden«, so Regisseur Armando Iannucci im Gespräch mit dem *Rolling Stone*.

Beim Wetteifern um die Gunst der beiden erwachsenen Kinder Stalins bis hin zum Zusammenstellen eines Erschießungskommandos für den jeweiligen Gegner im Politbüro – das Intrigenspiel in der obersten Leitungsebene des Weltreiches Sowjetunion



Willst Du erschossen werden, weil du Stalin gestört hast?«

Auch die nacheinander eintreffenden Dadochen, die Politbüromitglieder, reagieren erst einmal verunsichert. Nur Beria behält die Nerven, sichert erst einmal geheime Dokumente aus einem Versteck und flüstert dem auf seinem Bett liegenden sterbenden Stalin ins Ohr: »Ich mache für dich weiter!«

Dass ist zwar naheliegend, aber keineswegs ausgemacht, denn seit er 1927 alle Konkurrenten ausgeschaltet hatte, regiert Josef Stalin die Sowjetunion quasi als Alleinherrscher: Wer eine potenzielle, eigenständige Konkurrenz darstellte, verschwand von der Bildfläche. »Stalin ist zu grob«, schrieb Wladimir Lenin in seinem 1924 veröffentlichten politischen Testament: »Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte«. Lenins Vorschlag wurde leider nicht befolgt.

Bereits zu Beginn des »Großen Terrors«, wie die Jahre der Verfolgung Oppositioneller unter Stalins Regime genannt werden, wurde in den vier Moskauer Prozessen von 1936 bis 1938 die alte Garde der Bolschewiki, Revolutionäre und vertraute Genossen Lenins, die gegen eine Alleinherrschaft Stalins standen, zum Tod durch Erschießen verurteilt. Auch alle Mitglieder, die 1934 am Parteitag der KPdSU als Delegierte teilgenommen hatten, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Konterrevolution hatte gesiegt, vom emanzipatorischen, sozialen Aufbruch der Oktoberrevolution war nichts mehr übrig.

So wundert es nicht, dass das Politbüro 1953 nicht von einer lebendigen und kontroversen Debatte für den Fortgang der Revo-

lution hat im Film so gar nichts Ruhmreiches. »Ich bin hier der Friedensstifter, wer sich mir in den Weg stellt, den mach ich platt«, beschwört etwa Chruschtschow seine Entschlossenheit ganz im sinnentleerten Partei-jargon. Als sein Gegenspieler verhaftet werden soll, erklärt ihm Marschall Georgi Schukow: »Ich habe die Deutschen besiegt, dann werde ich wohl auch noch mit diesem Fleischkloß fertig!«

Überraschend im Film wie wohl auch im realen Politbüroleben ist die Metamorphose von Chruschtschow vom gehorsamen Befehlsempfänger zum forschenden Nachfolgekan-

didaten. Dabei geht es in dem Film einfach nur um Macht. Die Inhalte der Oktoberrevolution und die ehemals lebendige pluralistische politische Kultur in der Partei der Bolschewiki – sie spielen keine Rolle mehr.

Wenig macht dies deutlicher als die »Ärzteverschwörung«, ein von Stalin und einigen seiner Adepten frei erfundenes Komplott von Medizinern vor allem jüdischer Herkunft, die angeblich geplant hätten, Stalin auszuschalten. Ein Vorwand, um den vorhandenen Antisemitismus in der Bevölkerung für das Stalinregime zu mobilisieren. Zahlreiche Verhaftungen und Erschießungen waren die Folge. So kam es zu der Situation, dass die fähigsten Kremlärzte und -ärztinnen in Haft oder tot waren, als das Politbüro sie zum todkranken Stalin bringen wollte.

Noch am 1. März 1953 versuchte Josef Stalin, bei den Vorbereitungen des Ärzte-Prozesses aufs Tempo zu drücken. Daraus wurde nichts mehr, weil er am gleichen Abend einen Schlaganfall erlitt. Nach Stalins

contraste
zeitung für selbstorganisation

458 39. JAHRGANG NOVEMBER 2022 4*90 EUR

PROJEKTE GENOSSENSCHAFTEN BIOTONNE KUNST & KULTUR



SCHWERPUNKT
documenta:
Prozess vor Profil
www.contraste.org

Tod wurde die Kampagne gegen die vermeintliche »Ärzterverschwörung« sofort beendet.

The »Death Of Stalin« bebildert die Kampagne gegen die Ärzte mit Verfolgungsszenen. Ärzt:innen flüchten vor ihnen hinterhereilenden Uniformierten. Wie beim Dirigenten am Anfang – aus Angst davor, verhaftet zu werden. Dabei werden sie an das Krankenbett des sterbenden Stalins gerufen. Die Willkür und die Panik – wieder sind sie allgegenwärtig. Keine Rolle spielt in dem Film der Antisemitismus als Hintergrund der Kampagne gegen die – großteils jüdischen – Ärzt:innen. Warum ein Kommunismus nur kosmopolitisch oder nicht sein kann, ist aber auch nicht das Thema des Filmes.

Armando Inannucci ist mit dem von vielen guten Schauspielern getragenen Film eine nicht zu tiefgründige, aber sehr unterhaltensame Auseinandersetzung mit der Stalinzeit gelungen. In den USA und Großbritannien, wo der Film bereits 2017 im Kino lief, wurde »The Death Of Stalin« von der Kritik gefeiert.

Der Umgang des heutigen Russland mit dem Film zeigte 2018 einmal mehr und lange vor dem Überfall auf die Ukraine, wie

wenig es mit den Idealen der Oktoberrevolution und der Sowjetunion vor Stalin zu tun hat: Ein Berater des russischen Kulturministeriums, Pavel Pozhigailo, erklärte laut dem »Guardian« 2018, »The Death Of Stalin« sei eine »geplante Provokation«, um Russland durch das Schüren von Gegensätzen in der Bevölkerung zu »destabilisieren«. Laut »Guardian« stand in der kremlnahen Zeitung »Vzglyad«, der Film sei eine »ekelhafte Parodie von Außenseitern, die nichts von unserer Geschichte wissen«, und zitiert die Schlussfolgerung von Vzglyad: »Soll so etwas in Russland aufgeführt werden? Sicher nicht!«

Die sogenannte Kommunistische Partei Russlands erweist sich einmal mehr als ein Verein zur Pflege stalinistischer Folklore anstatt revolutionärer Bestrebungen. Ein Verbot des Filmes, weil Stalin darin »diskreditiert« werde, forderte Alexander Yushchenko, Sprecher der KP, laut der Agentur RIA Novosti. Sergei Obukhov, Sekretär des ZK der Russischen Kommunistischen Partei, bezeichnete laut RIA Novosti den Film als »eine andere Form der psychologischen Kriegsführung« gegen Russland, in dem »die Führer des Landes diskreditiert werden«. Das russische Kinopublikum muss auf den Film

verzichten. Ein bereits erteiltes Verleihzertifikat, ohne das kein Kino den Film zeigen darf, zog das Kultusministerium Anfang Januar wieder zurück.

Im Autoritarismus sind sich die Operettenkommunisten der KP mit Präsident Wladimir Putin fast einig.

»Bezüglich seiner Vergangenheit ist das moderne Russland sehr neurotisch, viel neurotischer, als die Sowjetunion je war«, erklärte der russische Filmemacher Roman Wolobuev im »Guardian«: »In der UdSSR hatten wir Komödien über den Zweiten Weltkrieg und die Oktober-Revolution. Jetzt sind diese Themen plötzlich heilig.« In Russland wurden ab 2013 mindestens 70 Stalin-Denkmäler neu errichtet. Im Juli 2017 fragte das Moskauer Meinungsforschungsinstitut Lewada 1.600 Russen nach den »herausragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten und Nationen«. Auf Platz 1 stand mit 38 Prozent Josef Stalin, der »Stählerne«, auf Platz 2 folgten Wladimir Putin und der Schriftsteller Alexander Puschkin mit jeweils 34 Prozent. Putin nutzt für seinen Patriotismus das Märchen vom großen Feldherren Stalin, der angeblich die Deutschen besiegt hätte – real hat er die Rote Armee in ihrer Verteidigungsbereitschaft gegen Deutschland geschwächt. Die zuerst sinnentleerte, dann mit rein nationalistischen Inhalten umgedeutete Glorifizierung des Sieges der Roten Armee im »Großen Vaterländischen Krieg« gegen Nazi-Deutschland soll der Festigung der Macht der neuen Nomenklatura der Oligarchen und ihres Vertreters Putin dienen. Da stört es dann sogar, wenn im Kino eine feine britische Tragikomödie gezeigt werden soll.

** Gaston Kirsche arbeitet als Verwaltungsangestellter. Gewerkschaftlich ist er bei ver.di aktiv und in der außerparlamentarischen Linken, außerdem ist er als freier Journalist tätig und lebt mit Frau und zwei Töchtern in einer selbstverwalteten Wohngemeinschaft.*

The Death Of Stalin, Frankreich/United Kingdom/Belgien 2017, 107 Min.

Regie: Armando Inannucci, Kamera: Zac Nicholson, Graphic-Novel-Vorlage: Fabien Nury, Thierry Robin. Mit: Steve Buscemi, Simon Russell Beale, Jeffrey Tambor, Michael Palin, Paul Whitehouse, Jason Isaacs, Andrea Riseborough, Rupert Friend, Paddy Considine, Olga Kurylenko, Adrian McLoughlin, u.v.m. Auf DVD erhältlich für 8 Euro.

Steigend: Lohngefälle West – Ost

Das Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland ist wieder gewachsen. Auf eine »Kleine Anfrage« der Linksfraktion im Bundestag hat das Statistische Bundesamt (destatis) dazu eine Auswertung vorgelegt. Danach ist das Lohngefälle seit 2020 gewachsen, nachdem es zuvor eine Angleichungstendenz gab. Im Westen beträgt das durchschnittliche Einkommen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 55.797 Euro. Ostdeutsche bekamen im Schnitt lediglich 43.624 Euro. Mit 12.173 Euro ist diese Differenz im Jahr 2021 um 206 Euro größer als noch im Jahr davor. Auch die Unterschiede der Bruttoeinkommen zwischen einzelnen Bundesländern und zwischen Männern und Frauen sind nach wie vor beträchtlich: Männer verdienen im bundesweiten Schnitt 56.853 Euro, Frauen kamen im Jahr 2021 nur auf durchschnittlich 47.976 Euro. Die Bandbreite der Einkommensunterschiede in den Bundesländern reicht 2021 von 41.715 Euro in Mecklenburg-Vorpommern über Sachsen mit 44.531 Euro, 49.005 Euro in Schleswig-Holstein bis zu einem Durchschnittsjahreslohn von 62.506 Euro in Hamburg.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/gehalt-differenz-ost-west-lohngefalle-101.html>

Bemerkenswert ist, dass das Kommissionsmitglied und der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke ein Sondervotum abgegeben hat, das einen Teil der Kritikpunkte aufnimmt: »Das vorgeschlagene Modell der Gaspriesthemse ist nicht ausreichend sozial ausbalanciert. Durch das Modell wird eine Zwei-Zimmer-Wohnung genauso behandelt wie eine Villa mit Pool. Deshalb brauchen wir für ein gerechteres Modell zusätzliche soziale Haltelinien. Um Haushalte mit geringen bis durchschnittlichen Einkommen finanziell nicht zu überfordern, müsste ein Mengen-Grundkontingent pro Haushalt (Vorschlag: 4.000 kWh) zu einem Preis aus der Zeit vor der Krise eingezogen werden. [...] Darüber hinaus müsste für Privathaushalte eine Obergrenze (Vorschlag: 25.000 kWh) definiert werden, damit diejenigen mit hohem Einkommen und Verbrauch nicht über Bedarf gefördert werden.

Der vorliegende Bericht beinhaltet, trotz der unzureichenden sozialen Balance, konkrete Verbesserungen. Ich stimme dem Bericht deshalb zu und fordere, im folgenden politischen Prozess konkrete Verbesserungen an der Gaspriesthemse mit sozialen Haltelinien umzusetzen.« (ver.di-Pressmitteilung vom 10. Oktober 2022).

Ein endgültiger Bericht soll Ende Oktober vorgelegt werden. Eine Entscheidung der Bundesregierung steht noch aus

(Stand: 17.10.2022).

Quellen: <https://www.tagesschau.de>, <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/>



©Jochem Lohoff

Antipasti

Teuer: Wer soll was bezahlen?

Nachdem eine Gaspriesthemse zur Stützung von Energielieferanten verworfen worden war, hat die Bundesregierung eine Expert:innen-Kommission eingesetzt, die innerhalb kürzester Zeit Vorschläge zur Entlastung der Verbraucher:innen erarbeiten sollte. Am 10. Oktober hat diese Kommission einen vorläufigen Bericht vorgelegt und der Bundesregierung Folgendes vorgeschlagen:

- einmalige Übernahme eines Monatsabschlags für Gas und Fernwärme im Dezember 2022 (auf der Basis von September 2022),
- Deckelung von 80 Prozent des Energieverbrauchs (auf Basis von September 2022) auf 12 Cent/kWh (Gas) bzw. 9,5 Cent/kWh (Fernwärme) ab März 2023.

Diese Vorschläge sind von verschiedenen Seiten aus sozialer und klimapolitischer Sicht kritisiert worden. Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE und einer der drei Vorsitzenden der Kommission, sagte, dass der Zwischenbericht den Auftrag der Bundesregierung erfülle. Die Maßnahmen sollten demnach »in der Entlastungswirkung schnell sein«, einen wirksamen Schutz vor finanzieller Überforderung liefern und zugleich Sparanreize setzen. Das sei wichtig, da der Gasverbrauch nicht nach oben gehen dürfe mit Blick auf die Gasspeicher.

Dringliches

27. Linke Literaturmesse in Nürnberg

Die 27. Linke Literaturmesse Nürnberg findet vom 4. bis 6. November 2022 auf dem AEG-Gelände statt. Mehr als 40 Verlage stellen ihr Programm vor, es gibt mehr als 50 Buchvorstellungen und Lesungen. Die Messe bietet Raum für Debatten und Austausch für alle Interessierten zu aktuellen politischen Themen.

Die Linke Literaturmesse startet mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Krise, Krieg, Klima – Was ist da los und wo soll das alles enden?«. Die Journalistin Susann Witt-Stahl diskutiert mit der Publizistin Christiane Reymann, dem Friedensaktivisten Reiner Braun und Sabine Züge, Aktivistin der Organisierten Autonomie, zum »heißen Herbst« bzw. linker Gegenwehr zur herrschenden Krisenpolitik. Samstag öffnet die Messe um 10.00 Uhr und ab 12.00 Uhr können die Veranstaltungen der Verlage besucht werden. Ebenso öffnet am Sonntag die Messe um 10.00 Uhr, die Veranstaltungen starten ab 12.00 Uhr und um 15.00 Uhr schließt die Messe.

Die Messe bietet seit 27 Jahren Platz für Austausch und Debatten innerhalb der Linken. Ziel der Messe ist es, ein möglichst breites Spektrum der Linken zusammenzubringen und Diskussionen und Austausch zu ermöglichen. Neben den heiß diskutierten Themen Krieg und Imperialismus gibt es zahlreiche Buchvorstellungen zu den unterschiedlichsten Themen, wie z.B. Feminismus, Antifaschismus, linke Geschichte und Gentrifizierung.

Wann: Freitag, 4. November, 19.00, bis Sonntag, 6. November, 15.00 Uhr

Wo: Kulturwerkstatt Auf AEG, Fürther Straße 244d

Veranstalter: Metroproletan Archiv & Bibliothek

Informationen: www.linke-literaturmesse.org

Friedrich Engels im Jobcenter

Kommunale Sozialpolitik, Soziale Ungleichheiten und die Überwindung von Prekarität und Armut

Friedrich Engels (geb. 28. November 1820 in Barmen), Sohn des Wuppertals, ist als Gesellschaftsanalytiker, Unternehmer und Revolutionär nicht nur als historische Gestalt von Interesse. Vor allem seine frühen Werke, insbesondere seine Studie »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« von 1845 verdienen es, auf ihre Aktualität hin befragt und für heutige Problemlagen wie Lösungsperspektiven fruchtbar gemacht zu werden. Es geht Engels um Fragen der Lebensqualität arbeitender Menschen, um Bestimmungen von Arbeitsqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten einer sozialen demokratischen Gesellschaft.

In der Konferenz »Friedrich Engels und die »Arbeitsfrage II« werden Beiträge zur grundlegenden Problematik von »kommunalem Leben« angesichts steigender sozialer Spaltungen wie prekärer Arbeitsbedingungen, Grundlagen von emanzipatorischer Sozialpolitik sowie zu darin eingelassenen Arbeitsprinzipien angeboten und in ihrer Bedeutung für die konzeptuelle wie tägliche Praxis des Jobcenters diskutiert. Es referieren u.a. Heinz Sünker (IPAADD-Wuppertal, Bergische Universität Wuppertal) über soziale Ungleichheit, soziale Folgen und deren Überwindung heute, Alfred Kleinknecht (TU Delft) über neoliberale Arbeitsmarktreformen als Weg in die Produktivitätskrise: Kritische Anmerkungen zu bedingungslosem Grundeinkommen und Bürgergeld, Daniel Rebbe über Realitäten der Arbeit von Jobcentern aus Sicht von Klient:innen und Professionellen, und Thomas Lenz (Vorstandsvorsitzender Jobcenter) über Perspektiven kommunaler Sozialpolitik.

Wann: Montag, 28. November, 9.00 bis 17.00 Uhr

Wo: Jobcenter Wuppertal, Codeks-ELBA-Fabrik, Moritzstraße 14, 42117 Wuppertal

Veranstalter: Jobcenter Wuppertal

Anmeldung: engels@jobcenter.wuppertal.de

Antipasti

Billig: Das Argument
»Lohn-Preis-Spirale«

Die Löhne haben sich im vergangenen Jahr stabilitätskonform entwickelt – trotz der im zweiten Halbjahr deutlich anziehenden Inflation. Die Arbeits- und vor allem die Lohnstückkosten der deutschen Privatwirtschaft haben sich über die gesamte Krise hinweg »absolut stabilitätskompatibel« entwickelt. Das zeigt der jüngste Arbeitskostenreport des IMK. Es gebe bislang keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale – trotz der schon im zweiten Halbjahr 2021 deutlich anziehenden Inflation, schreiben die Forschenden.

Im Jahresdurchschnitt 2021 sind die Arbeitskosten in Deutschland lediglich um 1,2 Prozent gestiegen und damit noch schwächer als 2020, als der Zuwachs mit 2,2 Prozent bereits recht moderat ausfiel.

Stärker als die Arbeitskosten waren die Lohnstückkosten von der Pandemie betroffen. Denn trotz durch Kurzarbeit reduzierter Arbeitszeit steigen die Arbeitskosten im Verhältnis zum Gesamtwert der hergestellten Güter, wenn die Produktion krisenbedingt einbricht. Dieser Effekt habe sich mit der relativen Entspannung im zweiten Corona-Jahr aber bereits wieder umgekehrt, sodass die deutschen Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt 2021 lediglich um 0,8 Prozent gestiegen sind, nach 3,4 Prozent 2020.

Die von manchen beschworene Lohn-Preis-Spirale sei bislang kein Thema. Wesentliche Teile der deutschen Wirtschaft hätten im Gegenteil weiterhin Reserven, »wie man an den sehr hohen Gewinnen vieler Großunternehmen sieht«. Trotz der großen Unsicherheit durch den Krieg in der Ukraine rät Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des IMK, zu mehr Gelassenheit.

Eine Lohnentwicklung, die sicherstellt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstandsfortschritt partizipieren, sei auch in Zeiten des Wandels unerlässlich. Die Kaufkraftverluste durch Preissteigerungen auszugleichen, könne aber nicht allein der Lohnpolitik überlassen bleiben, betont Dullien. »Hier wird die Wirtschaftspolitik als Ganzes gefragt sein«, etwa mit weiteren direkten Entlastungszahlungen an Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen.

Das nähme, so Dullien, auch Druck aus den Tarifverhandlungen. Das scheint aber gar nicht nötig zu sein, wenn man sich die IGM-Mitgliederzeitschrift *metall* (Sept./Okt. 2022) so anschaut: Dort wird u.a. berichtet, dass viele Mitglieder der IG Metall mit durchaus mehr als acht Prozent in die Tarifrunde gehen wollte, »allerdings gibt es auch viele Betriebe, denen es nicht so gut geht. [...] Aus Rücksicht auf diese Betriebe haben die Tarifkommissionen sich schließlich auf 8 Prozent geeinigt« (S. 12). Der Bezirksleiter der IGM Nordrhein-Westfalen, Knut Giesler, fordert dann auch in derselben Ausgabe eine massive Unterstützung der Industrie durch die Regierung. Der Wirtschaftsweisen Bert Rürup hat ja bereits (siehe *express* 7-8/2022, S. 5) darauf hingewiesen, dass die IG Metall mit einer Forderung von acht Prozent »einen erheblichen Reallohnverlust« akzeptiere und somit das ihre dazu beiträgt, die deutsche Industrie zu unterstützen...

Quellen: <https://www.boeckler.de/del/boeckler-impulskeine-anzeichen-fur-preis-lohn-spirale-42267.htm>, *metall* 9-10/2022.

Hochsaison für Action bei Amazon

Könnte im November ein koordinierter internationaler Aktionstag gegen Amazon stattfinden? – von Rand Wilson und Peter Olney*

O bwohl Thanksgiving ein einzigartiger US-amerikanischer Feiertag ist, wird der Tag danach, der »Black Friday«, in vielen Ländern als Eröffnung der Weihnachtseinkaufssaison gefeiert. In Italien zum Beispiel bieten Händler am »Black Friday« Rabatte an, die ihre Geschäfte mit denselben schnäppchenhungrigen Kund:innen füllen wie in den USA. Aus diesem Grund wählten drei italienische Gewerkschaftsverbände 2017 diesen Tag als strategischen Termin, um Amazons Millionen Quadratmeter großes Vertriebszentrum in Castel San Giovanni in der Nähe von Piacenza in Norditalien zu bestreiken.

Die Anlage in San Giovanni wurde 2015 eröffnet. Zwei Jahre später streikte die Hälfte der 1.650 fest angestellten »Blue Badge«-Mitarbeiter:innen [die Vollzeit-Tätigen im Amazon-Jargon, *Anm. d. Red.*] am »Black Friday«. Abgesehen von den Streiks bei Amazon in Deutschland war dies einer der ersten Amazon-Streiks sowohl in Europa als auch überhaupt.

Amazon-Sprecher beharrten darauf, dass der Streik nur zehn Prozent der Belegschaft betraf, weil sie diesbezüglich gerne ein wenig untertreiben und weil sie die 2.000 »Green Badge«-Beschäftigten – Kurzarbeit- und Saisonarbeiter:innen – einrechneten, die zu meist weitergearbeitet haben. Dennoch erklärte sich das Unternehmen bereit, am folgenden Montag mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Dann brach die Unternehmensleitung die Verhandlungen ab und versuchte, das Treffen einseitig auf den folgenden Januar zu verlegen. Die Gewerkschaften drohten mit weiteren Maßnahmen, falls es bis zum 6. Dezember nicht zu substanziellen persönlichen Gesprächen kommen sollte. Dass die Amazon-Geschäftsleitung sich am 5. Dezember zu einem Treffen bereit erklärte und anschließend über Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verhandelte, war ein erster Sieg für die Gewerkschaft.

Die Aktionen in Italien und die späteren Streiks bei Amazon in Deutschland und Polen waren für uns [in den USA, *Anm. d. Red.*] sehr inspirierend. Wir glaubten, dass sie ein verstärktes Arbeiter-Organizing auch in den USA inspirieren würden, und begannen daher, junge Aktivist:innen dazu zu drängen, sich bei Amazon zu bewerben.

Amazon im Visier

Seit 2017 haben die koordinierten internationalen Aktionen gegen Amazon zugenommen. Im Jahr 2019 riefen UNI Global Union und Progressive International die Kampagne »Make Amazon Pay« ins Leben, eine Koalition, die mehr als 70 Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, Umweltschützer:innen und Besteuerungskampagnen vereint. Die gemeinsamen Forderungen dieser Koalition lauten, dass Amazon seine Arbeiter:innen fair bezahlen und ihr Recht, Gewerkschaften beizutreten, respektieren soll, seinen gerechten Anteil an Steuern zahlt und sich zu echter ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet.

Im vergangenen November [2021] fanden in der Hochsaison Aktionen in 25 Ländern auf der ganzen Welt statt. Die bisherige Beteiligung von Gewerkschaften und anderen Organisationen in den USA war jedoch bestenfalls bescheiden.

Die Organizing-Erfolge an den Amazon-Standorten – einschließlich des Gewinns einer Abstimmung des National Labor Rela-

tions Board in einem Fulfillment Center in Staten Island im April 2022 – und die zahlreichen Arbeitsniederlegungen wegen der Löhne und Arbeitsbedingungen an Amazon-Standorten von Maryland bis Kalifornien spiegeln einen neuen Geist von Arbeiter:innen-Militanz in den USA wider. Darauf aufbauend hat UNI Global vor Kurzem eine Sitzung von Amazon-Organizer:innen, Basisaktivist:innen und Gewerkschaftssekretär:innen einberufen, um mit der Planung von Aktionen zum »Black Friday« in den USA zu beginnen. Wir hoffen, dass dies zu öffentlichkeitswirksamen Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen vor den Amazon-Standorten in den USA am 25. November führen wird.

Neben der beträchtlichen Zunahme des gewerkschaftlichen Organizing bei Amazon könnten auch andere Faktoren zu einer breiteren Unterstützung und Beteiligung an den Aktionen zum »Black Friday« in den USA in diesem Jahr beitragen:

- Die wachsende Unterstützung für Gewerkschaften im Allgemeinen – dank des couragierten Organizing der Beschäftigten von Starbucks und Amazon, der populären Streiks der Beschäftigten von Nabisco, Frito-Lay, Kellogg's und John Deere und des Respekts für die Rolle der »systemrelevanten« Arbeiter:innen in und während der Pandemie – führt dazu, dass die Proteste am »Black Friday« als Teil einer viel breiteren Arbeiter:innen-Bewegung wahrgenommen werden.

Könnten diese Entwicklungen zusammengekommen zu einem »Peak Season«-Moment führen, in dem die Logistikarbeiter:innen in vielen Unternehmen des gesamten Sektors gemeinsam aktiv werden? Man stelle sich vor, dass Teamster-Fahrer:innen und Lagerarbeiter:innen in UPS-Lagern protestieren und dann zu nahe gelegenen Amazon-Standorten marschieren, um die Streiks der dortigen Beschäftigten zu unterstützen. Oder



- Die Teamsters haben bereits eine Tarifkampagne für ihre 340.000 Mitglieder bei UPS gestartet.
- Mitglieder der International Longshore and Warehouse Union (ILWU), der Gewerkschaft der Hafentarbeiter an der Westküste der USA, arbeiten derzeit ohne Vertrag, während sie sich in Verhandlungen mit der Pacific Maritime Association befinden.
- Die Eisenbahner:innen stimmen über nationale Vereinbarungen ab, die mit den großen Güterbahnen ausgehandelt wurden. Die Mitglieder der Brotherhood of Maintenance of Way Employees, der drittgrößten Eisenbahner:innen-Gewerkschaft der USA, haben gerade für die Ablehnung des Vertrags gestimmt und könnten bereits am 19. November streiken. Die Abstimmungen in den beiden größten Gewerkschaften, die Lokführer und Schaffner vertreten, stehen noch aus. Wenn die Mitglieder für die Ablehnung dieser Vereinbarungen stimmen, könnte dies zu einer dramatischen Arbeitsniederlegung führen, von der 40 Prozent des US-Bruttoinlandsprodukts betroffen wären, die auf der Schiene transportiert werden.

Hafenarbeiter:innen und Eisenbahner:innen, die ihre Botschaft an die Arbeiter:innen in Logistik-Umschlaganlagen weitergeben, in denen Amazon-Fracht bearbeitet wird. Oder Tausende von Lager- und Lieferarbeiter:innen in kleineren Unternehmen, die den »Black Friday« als strategische Gelegenheit nutzen, um ihre Macht in der Lieferkette zu demonstrieren und ihre eigenen Gewerkschaften zu gründen.

Vieles davon mag zwar nur ein Traum für diesen November sein, aber es ist die Richtung, in die diese Arbeiter:innen-Bewegung tendiert. Im Moment ist es realistisch, dass sich die Aktionen in der Hochsaison in den USA gut mit den »Make Amazon Pay«-Aktivitäten auf der ganzen Welt verzahnen lassen. Logistikarbeiter:innen der Welt, vereinigt euch!

* Rand Wilson hat über 40 Jahre als Gewerkschaftsorganizer und -sekretär gearbeitet, zuletzt als Personalchef des SEIU Local 888 in Boston. Peter Olney ist pensionierter Sekretär für Organizing der Longshore Workers (ILWU) und seit 50 Jahren als gewerkschaftlicher Organizer tätig. Der Beitrag ist der Zeitschrift *Labour Notes* entnommen und dort am 20. Oktober 2022 erschienen: www.labornotes.org

Willi Hajek – Adieu, cher copain

Unser Freund und Genosse Willi Hajek ist am 3. Oktober gestorben. Noch während die Tränen laufen, ein Lächeln: Das Datum hat er sicher extra genommen, um gegen diesen nationalen Einheitstag ein Zeichen zu setzen, so dass wir Besseres damit verbinden und uns Besseres vornehmen können. Willi, wir vermissen dich, den Grenzüberschreiter und Brückenbauer, den verbindlichen Chaoten und liebenswerten Tacheles-Sprecher, wir vermissen Deine »Briefe aus dem Süden« und Deine Fähigkeit, im Kleinen das ganz Große zu sehen..., in jedem Gespräch und jedem Artikel für uns, in jeder Veranstaltung mit Dir. Wir wollen nicht, dass die 48. Woche (die legendären Bildungsurlaube mit der GoG und vielen anderen), Deine unkonventionellen politisch-kulturellen Sprachkurse, Deine Begegnungswochen in Marseille und Paris, dass all diese feingespinnnen Netze der Völkerverständigung einer dissidenten Internationalen enden. Alles muss man selber machen – wir versuchen es, alter Staffelläufer: Résister, c'est créer...

Hommage an unseren Genossen und Freund Willi Hajek

Unser Genosse Willi Hajek ist heute verstorben. Viele von uns kannten Willi aufgrund der Treffen zwischen Aktivist:innen und Aktivist:innen aus Deutschland und Frankreich, die er seit vielen Jahren im Geist des konkreten Internationalismus, der sich nicht an Kongressparolen klammerte, die kein Morgen kennen, organisierte.

Im Frühjahr haben wir mit ihm und einer Gruppe von Gewerkschafter:innen aus Deutschland über die Pariser Kommune von 1871 bis heute diskutiert. Wie bei jedem jährlichen Besuch hat er ebenfalls die lokalen Solidaires-Strukturen besucht. Vor wenigen Tagen noch war er auf einer Versammlung dieser Art mit Kollegen von Solidaires Bouches-du-Rhône, Gewerkschafter:innen aus Deutschland und Österreich. Erschöpft von der Krankheit, gegen die er seit Monaten kämpfte, wurde er am folgenden Tag ins Krankenhaus gebracht. Auf den Kongressen der Union syndicale Solidaires oder der Fédération SUD-Rail hat er mehrfach Grüße des Netzwerks Transnationals Information Exchange (TIE) überbracht. Vor allem auf seine Initiative hin hat TIE sich stark an der Gründung des Netzwerks Rail Sans Frontières beteiligt, später an der des Internationalen Netzwerks der Solidarität und der Kämpfe. Als internationales Netzwerk ist TIE-Deutschland auch ein Ort der Zusammenkunft für kämpferische Gewerkschafter:innen in Deutschland; und eine der vordringlichsten Aufgaben, die sich Willi gestellt hatte, war, sie mit Gleichgesinnten anderer Länder zusammenzubringen. Wir haben oft von diesem unerschütterlichen internationalistischen Engagement profitiert.

Vielleicht werden die internationalen Besuche der deutschen Kolleg:innen und Kollegen weitergehen, zweifelsohne wird das Engagement von TIE in den gewerkschaftlichen Netzwerken, in denen wir uns wiedertreffen werden, fortgesetzt... Aber ohne Willi wird es nicht dasselbe sein.

In diesem Moment großer Trauer denken wir an seine Familie und die, die ihm nahestanden.

Seine Genoss:innen der Union syndicale Solidaires, 3. Oktober 2022

Willi Hajek presente

Unser Freund und Genosse Willi Hajek ist am 3. Oktober 2022 gestorben.

Sein großes Herz, seine Fähigkeit, auch in den schwierigsten Auseinandersetzungen die Möglichkeiten einer anderen Welt zu entdecken, sowie seine Unermüdlichkeit, dieser Welt ein menschliches Antlitz zu verleihen, vermissen wir bereits heute auf unerträgliche Weise.

Das große Ziel, »alle Verhältnisse zu beseitigen, in denen der Mensch ein geknechtetes, verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, verkörperte Willi auf besondere Weise, immer darum bemüht, dass nicht »schnelle Siege« oder »schlaue Strategien« um radikale Veränderungen, sondern der Mensch im Mittelpunkt auch unserer Aktivitäten steht. Er hat uns und tie damit tief geprägt.

»Brav gewühlt, alter Maulwurf!«

Nie Zuschauer, immer Teil von Bewegung, nie starr, sondern offen, dazulernend, nie eng, sondern das ganze Leben umgreifend, so erinnern wir ihn.

Wir trauern um ihn und danken ihm für sein Leben, seine Freundschaft.

Wir denken an seine kleine Familie – an seine Frau, an seine Tochter – und an seine große Familie – Freunde und Freundinnen, Genossinnen und Genossen einer zukünftigen, besseren Welt.

tie-global

*Michael Fütterer, Malte Goy, Janina Hirth, Jens Huhn, Heiner Köhnen, Martin Lechner, Mara Lira, Wolfgang Schaumberg, Georg Wolter, Bernd Schneider, Michael Clauss, Arwin Qaderi
Frankfurt, 4. Oktober 2022*



In unseren Kämpfen bleibt Willi Hajek lebendig

Ein Nachruf auf den engagierten Gewerkschafter

[...] Geboren in Baden-Württemberg, wurde er geprägt von seinen Erfahrungen, die er im roten Jahrzehnt gesammelt hatte, wie in Frankreich die Jahre nach dem sozialen Aufbruch von 1968 genannt wurden. Dort erlebte er, wie Arbeiter:innen mit neuen Kampfformen gegen ihre Unterdrückung kämpften. Dass Hajek davon fasziniert war, lag sicher auch an seiner Herkunft. Sein Vater war ein politisch interessierter Maschinenschlosser, der mit den Verhältnissen in der Nachkriegs-BRD nicht einverstanden war.

Hajek studierte in Heidelberg Französisch, was ihm seine Kontakte im westlichen Nachbarland ungemein erleichterte. Die Erfahrungen, die er in Frankreich sammelte, sollten sein Leben bestimmen. Lip und Larzac, das waren in den frühen 1970er Jahren zwei Namen, die zum Symbol für einen selbstbestimmten linken Kampf standen, der nicht von einer Partei oder Großgewerkschaft gelenkt wurde. Nochmals 50 Jahre später erinnerte sich Hajek im Interview mit Johanna Schellhagen vom Kollektiv labournet.tv an den Arbeitskampf in der Uhrenfabrik Lip, wo die Arbeiter:innen die Produktion selber übernommen hatten. »Hier lernte ich eine Gewerkschaft kennen, die auf Selbstorganisation statt auf Bürokratie setzte«, erinnerte sich Hajek. »Der Chef braucht Dich, Du brauchst ihn nicht«, diese Parole, die im Kampf für den Erhalt der selbstverwalteten Fabrik Lip geprägt wurde, wurde für Hajek der Leitspruch, der seine politischen Aktivitäten bestimmen sollte.

Ein weiterer Kampf, der ihn geprägt hat, war der Widerstand der Bäuer:innen im südfranzösischen Larzac. Sie verhinderten gemeinsam mit einer westeuropaweiten Solidaritätsbewegung, dass sie die Region für die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes verlassen mussten. Diese Erfahrungen verhinderten, dass Hajek, wie viele andere 1968er, in Parteien oder anderen Großorganisationen Karriere machte. Er blieb ein Linker der Basis sein Leben lang.

Als er aus Frankreich nach Deutschland zurückkehrte, erfuhr er von der Kündigung eines oppositionellen Gewerkschaftlers bei Opel-Bochum, nachdem der auf einer Betriebsversammlung Kritik am Konzern geübt hatte. Hajek nahm Kontakt mit den Kolleg:innen auf. Daraus entstand eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit der Gruppe Gegenwehr ohne Grenzen (GoG), in der sich oppositionelle Gewerkschafter:innen bei Opel Bochum organisiert hatten. Hier begegnete Hajek dem rebellischen Geist wieder, der ihn in Frankreich so beeindruckt hatte.

Für Willi war die Solidarität mit Kolleg:innen selbstverständlich, egal in welchen Gewerkschaften sie sich organisiert haben. So war er vor mehr als zehn Jahren, als der FAU im Zuge des Streiks im Berliner Babylon die Gewerkschaftsfähigkeit aberkannt werden sollte, sofort bereit, ein Solidaritätskomitee für Koalitionsfreiheit zu unterstützen, das den Angriff schließlich verhinderte. Als 2014 die Bundesregierung mit dem Tarifeinheitsgesetz kleine Gewerkschaften kaltstellen wollte, ging Willi wieder auf die Barrikaden und war maßgeblich an einer bundesweiten Demonstration für die Gewerkschaftsfreiheit in Frankfurt/Main beteiligt.

Mit dem Einzug des neoliberalen Regimes ab Mitte der 1970er Jahre wurde auch der Gegenwind gegen diese emanzipative Betriebslinke stärker. Die Zersplitterung und kapitalistische Konkurrenz sollten die gewerkschaftliche Solidarität zerstören. Dagegen organisierte Hajek Orte des Austausches und des Kennenlernens wie Bildungswochen und Seminare. Nachdem das Aufkommen der Gelbwestenbewegung in Frankreich auch viele Linke überraschte und oft auf Distanz gehen ließ, versuchte Hajek auf mehreren Veranstaltungen in Deutschland, Verständnis für diese Bewegung zu vermitteln. Anfang 2020 veröffentlichte Hajek unter dem Titel »Gelb ist das neue Rot« [...] ein wichtiges Buch zu der neuen Bewegung. Trotz seiner schweren Erkrankung blieb Willi Hajek bis zum Schluss an gesellschaftlichen Fragen interessiert.

Am 3. Oktober starb Hajek in Marseille, der Stadt, die im letzten Jahrzehnt sein Le-

bensmittelpunkt geworden war, in dem Land, dessen rebellische Arbeiter:innenklasse ihn ein Leben lang inspirierte. Ihm gelang es, selber wiederum Menschen zu inspirieren, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in denen die Menschen nicht mehr Rädchen im kapitalistischen Getriebe sind.

In unseren Kämpfen bleibt Kollege Willi Hajek lebendig.

*Peter Nowak, 19. Oktober 2022
auf der Homepage der Direkten Aktion*



Am 3. Oktober ist Willi Hajek gestorben

Wir vom Jour Fixe Gewerkschaftslinken kennen Willi seit vielen Jahren. Einige Male war er bei uns zu Jour Fixes, wir trafen ihn auch bei bundesweiten Treffen. Und an seinen jährlichen Seminaren in Frankreich mit Gewerkschaftskolleg:innen von SUD und in den letzten Jahren auch mit Aktiven der Gelbwesten nahmen immer etliche Kolleg:innen vom Jour Fixe bzw. aus Hamburg teil. Beim letzten Treffen, das er mit all seinen verbliebenen Kräften noch durchziehen wollte und durchgezogen hat, waren sechs Kolleg:innen aus Hamburg dabei. Auch die viel zu früh verstorbene Emmely (Kassierer:in bei Tengelmann Berlin) war mit auf einem Seminar. Sie war nach ihrem gewonnenen Prozess vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt, den Benedict Hopmann mit ihr durchgeföhrt hatte, bundesweit bekannt geworden und vielfach eingeladen worden. Sogar zu einer Tagung nach Brasilien. Nach einem Seminar mit Willi in Frankreich sagte sie mir: Das war mein lehrreichster und schönster Auslandsaufenthalt!

Man sagt leichthin: Der Verstorbene ist durch niemand zu ersetzen. Aber bei Willi trifft das zu! Er kannte das Gewerkschaftsleben in Deutschland und in Frankreich. Und war aktiv in der Gelbwestenbewegung.

Willi, Du warst einer der Stillen im Lande, hast Dich nie in den Vordergrund gespielt. Auch deswegen mochten wir Dich!

Einen Kollegen, der Willi ersetzen könnte, gibt es nicht.

Die Kolleg:innen, die an seinen Seminaren teilnahmen, werden sich nicht nur an seine tiefen Kenntnisse der gewerkschaftlichen und politischen Verhältnisse in Frankreich – und die Vergleiche mit Deutschland – erinnern, sondern auch an seine freundliche und kommunikative Art.

Willi, Du fehlst uns!

Tschüss Willi

*Dieter vom Jour Fixe Gewerkschaftslinken
Hamburg (<https://gewerkschaftslinken.hamburg>)*

Gewerkschaften und ihr Verhalten in der Krise (1999/2002)

von Willi Hajek

Die Bedeutung unseres verstorbenen Friends Willi Hajek lag weniger in den Artikeln, die er geschrieben hat, sondern vielmehr in seinem verbindenden und verbindlichen, länder- und Denkgrenzen überschreitenden praktischen, internationalistischen Engagement. Um dieses jedoch zu würdigen, widmen wir ihm die aktuelle Ausgabe unserer Rubrik »re-visited«.

Der folgende Beitrag entstand zu Beginn der Regierungszeit der ersten rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer. Die SPD hat sich gerade als Partei der »Neuen Mitte« neu erfunden, wir stehen vor der Etablierung eines (des zweiten) »Bündnisses für Arbeit« mit den Gewerkschaften des DGB und der Verkündung der »Agenda 2010«: Wir befinden uns im ersten deutschen Militäreinsatz nach 1945 (Kosovo) und am Vorabend der Hartz-Gesetze (oft vergessen: Hartz I und II mit der Aufwertung und Ausweitung von Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung und Selbständigkeit und der Verschärfung von Zumutbarkeitsregeln wurden bereits 2003 eingeführt).

Der vorliegende Beitrag, der diese Situation reflektiert, ist nicht dem *express* entnommen, sondern dem von Willi Hajek gemeinsam mit Jochen Gester herausgegebenen Sammelband »1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er-Revolve« (Bremen 2002) – einem auch insgesamt sehr lesenswerten Band, der in mehreren Beiträgen auch die Rolle des *express* thematisiert. Willi Hajeks Beitrag in dem 2002 veröffentlichten Buch stammt aus dem April 1999.

[...]

Wiederaufbau kapitalistischer Verhältnisse

Der Neuaufbau kapitalistischer Verhältnisse nach 1945 in der BRD war geprägt von den realen Erfahrungen der Nazizeit und den Bestrebungen der Arbeiterbewegung nach Enttarnung der großen Konzerne, die schließlich als Verantwortliche und Nutznießer der Nazidiktatur galten. In den Gewerkschaften wie im politischen Spektrum gab es den Kampf zwischen dem sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel. [...]

Gleichzeitig begriffen sich die Gewerkschaften schon damals als Teil des Produktivitätspakts zwischen Kapital und Arbeit, der die Grundlage schaffen sollte für den Wiederaufbau des Landes, für die Steigerung der Produktivität, die zunehmende Kapitalakkumulation und vor allem auch die erweiterte Reproduktion der Kapitalverhältnisse. Mit dieser Entwicklung sollte die zu Anfang der 50er Jahre herrschende Erwerbslosigkeit beseitigt werden und gleichzeitig auch der Verteilungsspielraum für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Lohnarbeiterklasse geschaffen werden.

Der Koreakrieg in den 50er Jahren mit seinem zusätzlichen Auftragsboom an die Schwerindustrie in der BRD und der Arbeiterschaft am 17. Juni 1953 in der DDR schufen gleichzeitig die Grundlage für die Isolation des kommunistischen Flügels. [...]

Der Warenkonsum in den Arbeiterhaushalten nahm ständig zu, vom Transistor zum Radio und Fernseher, vom Fahrrad zum Motorroller und Volkswagen erweiterte sich der persönliche Konsum. [...] Es herrschte in allen politischen Lagern Zukunftsoptimismus. Der DGB-Kongress von 1963 formulierte diese krisenfreie Zukunftsprognose der nationalen Ökonomie: Hohe Arbeitsintensität und die entsprechende Belohnung für die abhängig Beschäftigten in erweitertem persönlichen Konsum. Die soziale Marktwirtschaft erlebte ihren Gipfelpunkt.

1967 aber zeigten sich plötzlich Absatzstoppungen. Die SPD und die Gewerkschaften schlugen sofort eine konzertierte Aktion vor, um diesen Krisenmomenten entgegenzuwirken. Sie bildeten ein Krisenkartell, das Lohnzurückhaltung üben wollte, gleichzeitig wurde ein Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. [...] Die Bewegungen der Studenten und von Teilen der Arbeiter führte zu den Notstandsgesetzen. [...] Die Gewerkschaften wagten es nicht, den politischen Kampf gegen diese Gesetze entschlossen zu führen und zu organisieren.

Aber Anfang der 70er Jahre entwickelten sich Streik- und Kritikbewegungen gegen die konzertierte Aktion, gegen das Lohndiktat, und neue egalitäre Forderungen wurden aufgestellt. Es formten sich oppositionelle gewerkschaftliche Betriebsgruppen, die in manchen Großbetrieben und im öffentlichen Dienst die etablierten Gewerkschaftsvertreter und Sozialpartner in ihrem Monopol- und Alleinvertretungsanspruch gefährdeten. Die Kritik an Bevormundung und Stellvertreterdenken prägte diese oppositionelle Strömung, aber auch der Wunsch und das Bestreben nach Entfaltung von Basisaktivitäten und anderen Formen von solidarischen Streiks. Kämpfe wie die der Arbeiter von LIP in Frankreich mit ihren Streikkomitees waren genauso populär wie die Streiks der Frauen von Pierburg Neuss für eine Mark mehr Stundenlohn und die Abschaffung der Frauen-Leichtlohn-Gruppen.

Für die damaligen Gewerkschaftsführungen waren das wilde Streiks, geführt von radikalen Kommunisten. Die offizielle gewerkschaftliche Reaktion waren zahlreiche Gewerkschaftsausschlüsse in Verbindung mit den Berufsverboten im öffentlichen Dienst für identifizierte Mitglieder oder Sympathisanten von linksradikalen Parteien und Gruppen.

Dennoch: Seit den 70er Jahren hatte sich die gewerkschaftliche Debatte verändert.

»Anders leben – anders arbeiten«

Dies war zu einer gewerkschaftlichen Orientierung geworden. Die Kritik richtete sich gegen lange Lohnarbeitszeiten und den zunehmenden Warenkonsum, der den Verlust an Leben und frei verfügbarer Zeit außerhalb der Fabrik oder des Büros kompensieren sollte. In dieser Strömung entstanden dann auch Vorstellungen von radikaler Arbeitszeitverkürzung (AZV), von Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre, von einem neuen Verhältnis zum Leben und zur Natur (Aktionskreis Leben als gewerkschaftliche Initiative gegen die Atomkraftbetreiber in den Gewerkschaften).

Gleichzeitig aber nahm die Erwerbslosigkeit zu. Mehr als eine Million Menschen standen Ende der 70er Jahre auf der Straße,

weitere Umstrukturierungen in zentralen Bereichen der Kapitalproduktion (Stahlindustrie, Berg- und Maschinenbau) standen an. Der damalige Kanzler Helmut Schmidt und sein Modell Deutschland erlebten ihre ersten Turbulenzen. [...]

1981 mobilisierte die IG-Metall in Stuttgart 150.000 Menschen gegen verschärfte Zumutbarkeitsregelungen auf dem Arbeitsmarkt. Das war der Anfang vom Ende der SPD/FDP-Schmidt-Regierung. Jetzt war die Reihe an der Kohl-Regierung, den begonnenen Kurs von Schmidt fortzusetzen.

Die Gewerkschaften versuchten anfangs, beim Stahlarbeiterstreik 1980 die Arbeitszeitverkürzung als Forderung einzusetzen gegen die Erwerbslosigkeit, um von daher die Krise wieder auffangen zu können. Gleichzeitig aber betonten sie in den folgenden Jahren die Kostenneutralität für das Kapital durch die Zunahme von Flexibilität und die Ausweitung der Maschinenlaufzeiten. 1984 wurde dann der Einstieg in die AZV, verbunden mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der betrieblichen Öffnung der Tarifverträge, durchgesetzt. Die Kohl-Regierung setzte weitere Einschnitte in der Sozialversicherung durch und schuf neue Regelungen für die befristeten Arbeitsverträge.

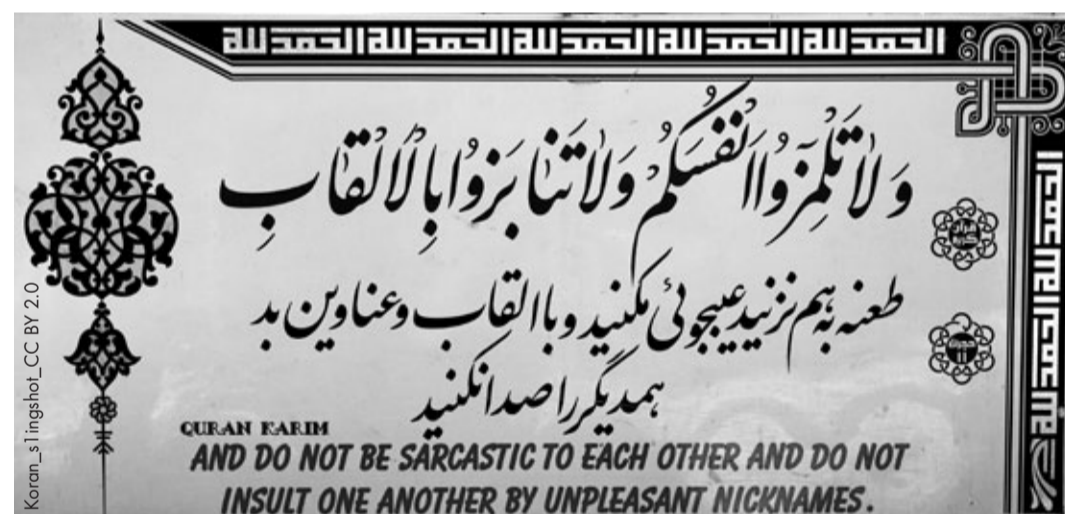
In den Gewerkschaften vollzog sich Ende der 80er Jahre der Übergang zur sogenannten Standortideologie: »Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass die Unternehmen

zeitig beweisen empirische Untersuchungen und Befragungen, wie stark sich als Konsequenz dieser Standortlogik nationalistisches Denken »Deutsche zuerst« gerade in Großbetrieben abhängig Beschäftigten ausbreitet.

Die Erwerbslosigkeit nimmt weiter zu. Das Kapital spaltet die großen Betriebe auf, lagert aus, senkt die sozialen Standards ab. Die Gewerkschaften reagieren mit dem Vorschlag für ein Bündnis für Arbeit, einem erweiterten Krisenkartell. Die Spitzen der Einzelgewerkschaften und der Unternehmensverbände zusammen mit der Regierung bilden diese ehrenwerte Gesellschaft. Es gibt keine Diskussion mit und in der Mitgliedschaft. Die ganze Debatte läuft über die Medien, die Mitglieder der Gewerkschaften sind Zuschauer auf einer Schaubühne. Der Vorsitzende des DGB geht sogar so weit, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe als Teil dieses Bündnisses zu verteidigen. Dennoch, das Bündnis ist gescheitert und hat gezeigt, wie weit die Führungen der Gewerkschaften gehen, um ein wenig an der Verwaltung der Krise teilhaben zu dürfen.

Die Jetztzeit und die rot-grüne Regierung

In der sich verschärfenden Krise versucht das Kapital die Kapitalrentabilität weiter zu steigern. Ankündigungen von Massentlassun-



und die nationale Ökonomie wettbewerbsfähig sind und bleiben. Betriebsräte müssen als Teil des Managements Vorschläge machen, wie das »Gold in den Köpfen« des Beschäftigten eingesetzt werden kann für den Erfolg des Unternehmens.«

Der neue Produktivitätspakt auf Unternehmensebene wurde geboren. Mit dieser Struktur einer gleichberechtigten Teilhabe wollten die Gewerkschaften und »verantwortungsvolle« Betriebsräte ihren Teil zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Weltmarktöffnung der jeweiligen Kapitalgruppen beitragen. Mit diesem Denken verbindet sich die Übernahme der gesamten Semantik der Kapitallogik. Flexibilisierung und die atmende Fabrik werden zu Modellen für die erfolgreiche Zukunft des neuen Lohnarbeiters, der »eigenverantwortlich sich die Produktionsmittel geistig aneignen soll, nicht materiell, denn das wäre ja Sozialismus«, wie ein IG Metall-Vertreter bei Volkswagen erklärt. Die Folge dieser Orientierung ist die verstärkte Unterwerfung der Beschäftigten unter die Zwänge des Kapitalverhältnisses. [...]

In den Betrieben und Gewerkschaften setzt eine Kritikbewegung ein, die dieses korporatistische und betriebsegoistische Denken und Handeln öffentlich anprangert. Gleich-

zeitig führen zur Erhöhung der Aktienkurse. Die zunehmende Konkurrenz zwischen den Kapitalgruppen führt zu permanenter Intensivierung des Arbeits- und Verwertungsprozesses, zu neuen Formen der Betriebsorganisation (»lean production«), zu immer größeren Kapitalkonzentrationen. Die Regierung ist angetreten, einen Durchbruch zu schaffen bei der Reformierung der Sozialversicherungen und beim Abbau der Massenerwerbslosigkeit. Den verantwortlichen Arbeitsminister [Walter Riester, *Anm. d. Red.*] stellt die IG Metall, der sich in den Jahren vorher schon durch seine Anpassungsbereitschaft an die Erfordernisse des Kapitals für diese Aufgabe qualifiziert hat.

Die Gewerkschaften werden jetzt verstärkt versuchen, weitere Bündnisse für Arbeit zu schließen. Vom Co-Manager auf der Unternehmensebene in der Figur der Betriebsräte wollen sie den Sprung schaffen zum Co-Manager innerhalb des Krisenkartells auf Regierungsebene. Die rot-grüne Regierung wird dabei als natürlicher Bündnispartner angesehen. Das gemeinsame Projekt »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« wird darauf abzielen, mit kurzfristigen Beschäftigungsprogrammen, mit schlecht bezahlten Teilzeitangeboten und mit verschärfter Aus-

grenzung und Abstrafung bei Verweigerung von Arbeitsangeboten die Zunahme der Erwerbslosigkeit zu verhindern.

Gleichzeitig wird auf der Ebene des Einzelkapitals das korporatistische Moment weiter zunehmen. [...]

Die ÖTV, aufgefordert von den Betriebsräten aus dem Bereich der Kernenergie, mobilisiert gemeinsam mit dem Management der Atomkraftwerke gegen den Ausstieg aus der Atomenergie. 35.000 Beschäftigte kommen zu dieser Demonstration, auf denen vollkommene Übereinstimmung herrscht in den Reden der Manager und der Gewerkschafter. Gegen den alltäglichen Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung, gegen Überstunden und zunehmende Unterbesetzung wird nichts oder nur sehr wenig unternommen.

Im Bereich der Bahn AG wird die Politik der maximalen Rentabilität augenblicklich öffentlich sichtbar durch die sich häufenden Unfälle und Katastrophen. Wartungszeiten der Züge werden gekürzt, die Arbeitsbelastung der Beschäftigten nimmt zu. Zunehmende Gefährdung, Überlastung der Beschäftigten und Unfälle sind die Konsequenzen. »Menschliches Versagen« nennt das die Bahnführung. Die Gewerkschaft der Eisenbahner schweigt oder fordert ganz bescheiden eine Rationalisierungspause. [...] Der Anstoß für Widerstand kann eher von Initiativen kommen, die sich mit der Entwicklung der Bahn beschäftigen oder die Interessen der Nutzer der Bahn vertreten.

[...]

Aber die Unzufriedenheiten der Mitglieder in den Gewerkschaften führen auch zu anderen Reaktionen. Die Austrittserklärung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden eines Chemiebetriebs bringt dies auf den Punkt (s. untenstehenden Kasten).

Diese Erklärung zeigt die reale Erfahrung eines aktiven Gewerkschafters mit der zunehmenden Entsolidarisierung und die Förderung des korporatistischen und nationalistischen Denkens durch die Politik, wie sie die IG BCE verkörpert und praktisch auch umsetzt. Seine Gedanken und Erfahrungen drücken aus, was viele politische und ge-

werkschaftliche Aktivisten bewegt und tagtäglich erleben.

Die Unterschiede bestehen in der Antwort auf diese Politik. Viele Kolleginnen treten einfach aus den Gewerkschaften aus. Andere, wie die oppositionellen Chemie- und andere gewerkschaftlichen Arbeitskreise und Gruppen, verstärken ihre oppositionelle Arbeit und verbünden sich mit außerbetrieblichen sozialen Initiativen.

■ Perspektiven

Zwei Typen von Gewerkschafts- und Sozialbewegungen werden sich in Zukunft entwickeln und weiter ausprägen.

Ein Teil der Gewerkschaften wird immer mehr Teil eines erweiterten Staatsapparats, zusammen mit etablierten Wohlfahrtsverbänden und Kirchen. Überzentralisiert kommunizieren sie hauptsächlich als Medienfiguren mit Mitgliedern und der sozialen Bewegung. Der Übergang in die Aufsichtsräte und die Staatsministerien ist jederzeit möglich, sie sind Teil des politischen Personals und der politischen Führung. [...] Diese Orientierung ist gerade in der BRD überdeutlich sichtbar und zeigt sich in allen Fragen, die die weitere gesellschaftliche Entwicklung angehen.

Ein anderer Typ von gewerkschaftlicher

Aktivität und Organisationsaufbau aber versucht viel stärker, die Eigeninitiative der Lohnabhängigen, ob beschäftigt oder erwerbslos, zu fördern. Er will auch eher zum Impulsgeber und Förderer von Selbstorganisationsprozessen werden, anstatt Bevormundung und arrogante Vertretungsmentalität zu kultivieren. Diese Strömung setzt mehr auf das »tous ensemble«, das »alle zusammen«, auf gesellschaftliche Solidarität anstatt auf betriebliches Eigennutzhandeln nach dem Motto »Hauptsache Daimler, VW oder Transrapid«.

Die SUD-Gewerkschaften, die AC-Bewegung gegen Erwerbslosigkeit, die »Sans-Papiers-Immigranten« in Frankreich wie auch der große solidarische Massenstreik von 1995 gegen die Verschlechterung der Sozialversicherungen haben diese andere Orientierung sichtbar gemacht.

Aber auch hier in der BRD gab es in den letzten Jahren gewerkschaftliche Bewegungen, die diese Orientierungen versuchten umzusetzen. Die spontane Massenbewegung gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Kohl-Regierung ging von den Belegschaften in den großen Metallbetrieben aus. Aber die oppositionellen Kräfte waren zu schwach, um die Kraft und Entschlossenheit der Belegschaften in den Metallbetrieben zu nutzen für eine breite gesellschaftliche Bewegung aller Lohnabhän-





Einbürgerungstest

Wer in Deutschland eingebürgert werden will, muss normalerweise einen Einbürgerungstest machen. 33 Fragen zu Politik, Geschichte und Gesellschaft sind zu beantworten. Diese drei Broschüren informieren über Politik, Geschichte und Gesellschaft und enthalten alle Fragen mit den vier Antwortmöglichkeiten zum Test. Damit können Kandidat:innen für die Einbürgerung üben – und Deutsche können kontrollieren, ob sie den Pass behalten dürfen.

Einbürgerungstest

Magazin Verlag, 2022, je 48 Seiten
Jedes Heft 2 Euro, drei Hefte zus. 5 Euro
online bestellen: www.deutschland-und-die-welt.de

gigen, für das »tous ensemble«. Am Ende gelang es doch den Führungen der Einzelgewerkschaften, Sonderregelungen für die kampfstärksten Belegschaften auszuhandeln und sie damit aus der Streikfront herauszubrechen. Dennoch gaben diese Bewegungen einen weiteren Anstoß für den Aus- und Aufbau solidarischer oppositioneller Netzwerke zwischen kritischen Gewerkschafter:innen und unterschiedlichen sozialen Initiativen und für die Intensivierung der Debatte um unsere gemeinsame antikapitalistische Perspektive.

Unsere Zukunft wird von dieser Widerspruchsdynamik innerhalb der Gewerkschafts- und Sozialbewegung bestimmt werden. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die solidarischen Prozesse der Selbstorganisation von verschiedenen Teilen der Lohnabhängigen zu verbinden mit einer sozialistischen Perspektive, die bestimmt wird von dem Wunsch nach Aufhebung des Lohnarbeitersdaseins und Vorstellungen entwickelt für eine neue Form der Vergesellschaftung von unten.

»Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der IG BCE zum 1. Januar 1999.

Da ich im Laufe meiner Beschäftigung bei der Wacker-Chemie den einen oder anderen Kollegen für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft geworben habe und während meiner Zeit als Betriebsrats-Vorsitzender auch aktiv für gewerkschaftliche Positionen (wenn auch nicht für die der IG BCE) eingetreten bin, erlaube ich mir die nachfolgende Erklärung zu veröffentlichen. Es ist auch dem politisch wenig Interessierten kaum verborgen geblieben, dass besonders die IG BCE eine vom Rest der DGB-Gewerkschaften gesonderte Position einnimmt.

Die IG BCE ist ganz klar der Vorreiter und zugleich Wegbereiter einer extrem an der Marktlogik orientierten Position geworden. Gerne wird sie ja von den Marktradikalen aller Parteien und den Unternehmern dafür gelobt.

Die IG BCE selbst ist zu einer wirklich gesellschaftskritischen Diskussion nicht mehr fähig. Die Ursache dieser Unfähigkeit resultiert genau aus dieser bedingungslosen Akzeptanz marktwirtschaftlicher Logik, wobei natürlich nie vergessen wird, die Floskel anzuhängen, dass man selbstverständlich für die soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft eintritt. Wie im Mainstream der Gesellschaft, so auch in der IG BCE, kommt es zu einer fast religiösen Verehrung der Marktwirtschaft. Dabei wird dann einfach nicht mehr wahrgenommen, dass diese heute gar nicht mehr recht funktionieren will und

auch aus ihrer eigenen Logik heraus nicht mehr funktionieren kann.

Die Umsetzung des Credo jedes einzelnen Betriebes, das da lautet, immer noch schneller und besser zu sein, mit immer weniger Menschen immer mehr zu produzieren als die anderen Betriebe, hat inzwischen eine derart hohe Produktivität hervorgebracht, dass ganze Weltregionen zu Verlierern im Konkurrenzkampf geworden sind und entindustrialisiert wurden. Aber auch in den eigentlichen Industrieländern mehren sich die Zeichen des Zerfalls. Wenn man nicht die Scheuklappen runterlässt, sind sie buchstäblich vor der Haustür zu besichtigen. Diejenigen Menschen, die das System als überflüssig ausgeschieden hat, nimmt man schon lange nicht mehr wahr. Sie gehören ja weder zur »alten« noch zur »neuen Mitte«. Ihnen wird eingeredet, dass sie an ihrem Schicksal selber schuld seien. Dazu werden noch falsche Hoffnungen mit irgendwelchen Bündnissen für Arbeit geweckt.

Dabei ist es doch fast schon eine Binsenweisheit, dass es eine Vollbeschäftigung, wie wir sie aus der Vergangenheit kannten, nie mehr geben wird. Im Gegenteil, mittlerweile wackelt ja das ganze Weltfinanzsystem und viele fürchten eine schwerste Weltwirtschaftskrise. Darüber aber reden wir in den Gewerkschaften nicht. Wir tun mit den Politikern so, als könnte das viel beschworene Wachstum der Wirtschaft wieder herbeigezaubert werden. Unhinterfragt wird nur darüber gestritten, welches wohl der beste Zauberspruch sei. Einmal ist es die Stärkung der Kaufkraft, dann die Senkung der Lohnnebenkosten, und der Staat soll sowieso sparen. Die strukturelle Krise der Arbeitsgesellschaft, und damit die Krise der

gesamten Gesellschaft wird dagegen nicht eingestanden, vielmehr beharrlich verdrängt.

Hervorstechend aber ist in diesem Zusammenhang, wie man sich in der IG BCE um die Konkurrenzfähigkeit der »eigenen« Industrie Gedanken macht. Ich will hier gar nicht damit argumentieren, dass man mit erhöhter Konkurrenzfähigkeit ja wiederum anderen Kollegen die Arbeit nimmt. Das ist ja eine bekannte Folge marktwirtschaftlicher Konkurrenz. Ich staune nur über die Ignoranz, mit der nicht wahrgenommen wird, dass schließlich auch die Sieger in der Marktkonkurrenz Verlierer werden; nämlich dann, wenn der jeweilige Exportweltmeister die schwächeren Marktteilnehmer in anderen Ländern k.o. geschlagen hat und bei diesen folglich auch die kauffähige Nachfrage schwindet. Kann mir jemand die Frage beantworten, was dann noch die ganze Exportweltmeisterschaft nutzen wird?

Konkret wird ja bei uns jubelt, wenn »wir« bei der Firma Clouth für das Produkt ISAD 50 Arbeitsplätze schaffen. Wir blenden dabei natürlich aus, wie viele hundert anderswo durch ISAD dann kaputtgehen. Mit Begeisterung fordert die IG BCE den Ausbau der Gen-Technik. Von der Umweltproblematik einmal abgesehen, ist es wirklich nicht bekannt, welche verheerenden Folgen diese Technik für die Masse der bäuerlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern auf deren Existenzsicherung hat?

Es geht mir nicht darum, nun die moralische Keule zu schwingen, obwohl dies durchaus berechtigt wäre. Ich will nur mit diesen wenigen Beispielen deutlich machen, dass die Forderung nach Arbeit, nach Vollbeschäftigung, wie man es dreht und wendet, so oder

so nicht mehr erfüllt werden kann. Aber warum auch, so frage ich mich, wenn wir ja mehr, als wir benötigen, überreichlich und fast vollautomatisch produzieren können.

Damit allerdings ist die Marktwirtschaft, die auf betriebswirtschaftlich bezahlbarer Arbeit beruht, in eine unlösbare Krise geraten. Dieses sich eingestehen, hat nun nichts mit Endzeitstimmung zu tun. Sehr viel mehr aber mit dem Ende von Schönlügerei, wie es heute bis hinunter in die Betriebe üblich ist. Die Marktwirtschaft hat es nicht immer gegeben. Es hat andere Gesellschaften vor ihr gegeben, es wird auch andere nach ihr geben.

Wie ein Leben nach der Marktwirtschaft aussehen könnte, darüber müsste und muss jetzt nachgedacht werden. Und dabei darf es nicht bleiben. Es bedarf auch erster konkreter Schritte, dieses mittlerweile marode und umweltzerstörerische System zu überwinden. Es gibt mittlerweile gar nicht so wenige Menschen, die hierüber nachdenken und die beginnen, neue Wege zu gehen. In Köln-Mülheim wurde aus diesem Grund jüngst das »Institut für Neue Arbeit« gegründet; gemeinsam mit der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« und auf deren Gelände. Das INA steht für eine Verknüpfung von weniger Erwerbsarbeit bei Ausbau von gemeinsamer Eigenarbeit und gegenseitiger Unterstützung. Von der IG BCE hat eine solche Einrichtung sicher nichts zu erwarten, daher mein Entschluss, meinen Beitrag dieser Einrichtung zur Verfügung zu stellen, da ich meinerseits von der Politik der IG BCE nichts mehr erwarte.

Mit freundlichem Gruß
Martin Rausch«

Alternativen zur Aktienrente

Zwei Petitionen, ein Aufruf – von Rolf Läßle

Die Spatzen pfeifen's von den Dächern – die gesetzliche Rente befindet sich in Deutschland auf Talfahrt, und das schon eine ganze Weile.

Bei einem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von 2.000 Euro im Arbeitsleben ergab sich in Deutschland 1998 ein Netto-Renteneinkommen von 1.406 Euro. Im Jahr 2018 waren davon nur noch 1.216 Euro übrig. Und 2061 bleiben davon noch ganze 1.010 Euro.

So die Auflistung von Reiner Heyse in seinem Beitrag »Rentenzukunft«.¹

Begründet wird das von der Politik seit Langem mit sinkenden Zahlen von Beitrags-einzahler:innen und steigenden Rentner:innenanzahlen. Ein schönes Beispiel dafür, wie mit Wahrheit gelogen werden kann. Vielmehr war es politischer Wille, die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) zugunsten privater Versorgung mit der Finanzindustrie, wie z.B. mit der »Riester-Rente«, aber auch durch Betriebskrankenkassen und betrieblicher Altersversorgung u.v.a., zu schwächen. Dazu kommt eine rasant ansteigende Altersarmut, geschuldet u.a. der Ausweitung des Niedriglohnssektors und dem fehlenden politischen Willen, eine angemessene Mindestsicherung staatlicherseits zu garantieren.

Der Vogel

Aber nicht genug! Den Vogel schießt nun die Ampelkoalition ab. Sie wünscht, Beiträge der GRV in Aktienfonds zu investieren.

Das sei nachhaltig, denn Aktien stiegen nachweislich auf lange Sicht immer. Aber was auch immer wie lange wohin steigt – brav eingezahlte Beiträge auf die Konten der GRV landen im internationalen Finanzkasino.

Dazu ATTAC Deutschland: »Während die Rentner:innen also mit Einbußen bei der Rente zu rechnen haben, zieht die Finanzindustrie auf Kosten der Versicherten hohe Gewinne aus kapitalbasierten Pensionssystemen. Bis zu 25 Prozent der Beitragleistungen gehen in die Verwaltung und Boni der Vermögensmakler, während die Verwaltungskosten der Deutschen Rentenversicherung unter 1,5 Prozent liegen. Hinzu kommt, dass selbst angesehenen Unternehmen wie die Allianz Strafzahlungen in Milliardenhöhe leisten müssen, weil z.B. Anlagemanager mit riesigen Betrugsmanövern versuchten, Fehlspekulationen zu vertuschen. Verluste und Strafen werden dann aus den Versichertenbeiträgen finanziert, während die Unternehmensgewinne hoch bleiben.«²

Die Steinschleudern

Damit sind auch die zwei Gegenspieler außerhalb der Gewerkschaften³ zur Aktienrente genannt. Bis jetzt haben diese das Format von David gegen Goliath und ihre Steinschleudern sind Petitionen, die möglichst viele Bürger:innen unterzeichnen mögen. Die Losungen lauten:

- Renten wie in Österreich! Jetzt! – Rentenzukunft⁴
- Nein zur Aktienrente – Höhere Renten statt höhere Profite! – ATTAC Deutschland⁵

Adressat:innen beider Petitionen sind die Abgeordneten des Bundestages. Beide Petitionen zielen auf die Aktienrente. Das ist erfreulich. Dann ist aber auch schon genug mit der Gemeinsamkeit. Ein Kampf – zwei Linien. Das kennen wir ja schon...

Rainer Heyses Rentenzukunft liegt in Österreich. Er setzt auf die solidarische, beitragsorientierte Rentenversicherung, wie in Österreich schon seit vielen Jahren durchgesetzt und praktiziert. ATTAC Deutschland kommt im Vergleich dazu etwas verschämt daher, will sagen, die Ausformungen ihres alternativen Rentenmodells werden im Aufruf nicht benannt.⁵ Wer dann auf den ATTAC-Webseiten etwas forscht, wird jedoch fündig. Karl-Martin Hentschel und Alfred Eibel erläutern dort das beschlossene Konzept einer Basisrente, die zusammen mit der GRV die Armutsfälle bei den Renten überwinden soll. ATTAC will also Renten wie in Dänemark oder der Schweiz.⁶

Während Heyse auf die traditionelle beitragsorientierte Rente setzt, allerdings solidarisch unter Einbeziehung aller Einkommensgruppen samt einer staatlichen Unterstützung für die Mindestrente, orientiert ATTAC auf eine Art bedingungslose Grundrente plus GRV. Letzteres würde einen Systemwechsel bedeuten.

Getrennt marschieren – gemeinsam geschlagen werden?

Es ist ja nicht so, dass man nicht miteinander geredet hätte. Karl-Martin Hentschel und Reiner Heyse diskutierten miteinander. Das war's dann aber auch. Und ATTAC entschied sich bald danach für das Konzept von Karl-Martin Hentschel.⁷ Das ist vielleicht gar nicht so schlimm, denn es kommt drauf an, wie wir mit diesen Beschlusslagen umgehen, doch dazu unten mehr.

Eine Kampagne gegen die Aktienrente scheint mir gerade etwas knifflig. Zum einen regieren gerade Sozialdemokrat:innen mit den gerechtigkeitsorientierten Grünen (deren Eigenwahrnehmung!). Erfahrungsgemäß erzeugen DGB-Gewerkschaften hier erhebliche Beißhemmungen gegen die »Ihrigen« – ganz abgesehen von den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall. Und zum anderen haben viele Menschen aufgrund der Sanktionspolitik gegenüber Russland im Moment andere Sorgen – Energiepreise, drohende Rezession usw.

Die Gefahr besteht, dass sich in dieser Gemengelage dem viel beschäftigten Wahlvolk eine Aktienrente ganz beiläufig als Rentenre-

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

alk
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

form unterjubeln lässt. Daher: Es gilt, wach zu bleiben. Da ist es schon mal gut, wenn wenigstens die Steinschleudern parat liegen.

Besser ist das

Deshalb zurück zu dem Sachverhalt, dass die ohnehin schon geschwächte Linke wieder mal glaubt, sich Spaltungen erlauben zu können. In diesem Sinne und gegen den Spaltpilz: Zeichnen wir doch einfach beide Petitionen. So wie es z.B. Rudolf Hickel und Holger Balodis bereits getan haben. Und etliche andere mehr mittlerweile.

Und werben wir dafür, beide zu unterzeichnen. Was hiermit geschehen ist.

* Rolf Läßle schult Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte (s. www.laepple-kommunikation.de) und ist aktiv bei ATTAC und in Schwäbisch Hall (www.reich-und-arm.eu)

Anmerkungen:

- 1 Online unter: <https://renten-zukunft.de/dokumente-renten-wie-in-oesterreich-jetzt/>, s. dort die Power Point zum Vortrag für die attac-Personengruppe Soziales vom 4. März 2022)
- 2 <https://www.attac.de/kampagnen/rente/petition>
- 3 Innerhalb der IG Metall gibt es einen heftigen Konflikt zu dem Thema. Roman Zitzelsberger, Chef des mächtigen Landesbezirks Baden Württemberg, fordert die Aktienrente ohne soziale Sicherung bei den Betriebskrankenkassen (siehe *express* 7-8/2022, S. 4). Dem bat Hans-Jürgen Urban zusammen mit dem derzeitigen Ersten Vorsitzenden, Jörg Hofmann, ein Papier entgegengesetzt, das auf die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages verweist. Es ist dies das Drei-Säulenmodell mit einer solidarischen gesetzlichen Rente.
- 4 <https://renten-zukunft.de/>
- 5 <https://www.attac.de/kampagnen/rente/petition>
- 6 <https://www.attac.de/kampagnen/rente/hintergrund>
- 7 Der Beschluss auf dem Frühjahrsratschlag 2022: »Eine Grundrente von 1.000 Euro (alternativ 500 Euro + Wohngeld) im Monat, für alle, die ab dem 20. Lebensjahr 40 Jahre in Deutschland gelebt haben, anteilig bei kürzerer Aufenthaltszeit.«



Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- Carsten Wirth (Hrsg.): Konkurrenz und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag, Nomos: Baden-Baden 2021
- Wolfgang Schorlau: »Kreuzberg Blues.« Sein aktueller Fall führt Privatermittler Georg Dengler in den Kampf um das Recht auf Wohnen. Kiepenheuer und Witsch: Köln 2020
- Mario Candeias (Hrsg.): »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- Slave Cubela: »Anger – Hope – Action. Organizing und soziale Kämpfe im Zeitalter des Zorns«. Verlag Die Buchmacherei: Berlin 2021.
- Jane McAlevey: »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn erworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ

Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- mein Jahresabonnement (40 Euro)
- meine Fördermitgliedschaft (70 Euro)
- mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: *express*-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin